



MECKLENBURGER AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung in Mecklenburg und Vorpommern · Nr. 36 · 19. September 1990 · 80 Pf.

Vergessen: Rumänien? Seite 2

FDP: Keine höheren Steuern Seite 3

Künstlerbund erhebt Einspruch Seite 7

„Der schönste Platz auf Erden“

Die Chancen der Moskauer Verträge

„Das künftige Deutschland werde die Erinnerung an die Geschichte bewahren und ihre Lehren als dauerhafte Verpflichtung begreifen.“ Lothar de Maizière in Moskau.

„Für das neue Deutschland ist dieser Vertrag kein Zuwachs an Macht, sondern ein Zuwachs an Verantwortung.“ Hans-Dietrich Genscher in Moskau.

60 Jahre romantischer Haß auf den Siegeszug moderner, aufgeklärter Demokratie in Mitteleuropa, 60 Jahre terroristische Erlösungswut — erst im Faschismus, dann im Sozialismus — und erst jetzt zu Ende. Das besiegeln der Vertrag über abschließende Regelungen in Bezug auf Deutschland“ zwischen den alliierten Siegermächten und der neuen Republik Deutschland sowie der „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ zwischen der Sowjetunion und unserer Republik.

Ganz Europa hat mit unvorstellbaren Opfern für die verzweifelt Fluchten ganzer Generationen und Völker in den Faschismus und den sozialistischen Stalinismus bezahlt. Daraus befreit haben sich die Deutschen nicht selbst — die ganze Welt mußte gemeinsam antreten und Haus für Haus niederkämpfen. Der Stalinismus ist zusammengebrochen, weil das feste, unangreifbare, westliche Freiheits- und Marktmodell, trotz seiner Ungerechtigkeit, Brutalität und demokratischen Defiziten, am Grundgedanken der Freiheit vor dem Frieden und vor dem verordneten Glück festgehalten hat.

Dennoch gibt es kein Siegesgeheul im Westen. Es überwiegen, wie de Maizière und Genscher offen zeigen, Selbstzweifel, ob alle Völker und auch die Politiker in der Lage sein werden, die Chancen für ein neues Kapitel in der europäischen Geschichte zu nutzen.

Wie vor 200 Jahren beim Wiener Kongreß für Europa muß jetzt weltweit ein ausbalanciertes, fest auf den Menschenrechten und dem Völkerrecht sich gründendes Friedenssystem aufgebaut werden. Wie das aussehen wird, weiß niemand ganz genau. Das neue Europa aber könnte mit der zusammengeschlossenen Republik Deutschland und ohne Ost-West-Gegensatz zum Garanten einer solchen gerechten, friedlichen und ökologischen Weltordnung werden.

Wer hätte dem Kohl dann das vor einem Jahr zugetraut: Die gesamtdeutsche Armee auf 370.000 Mann halbiert. ABC-Waffen-Versicht für ganz

Deutschland und atomwaffenfreie Zone auf dem Gebiet der alten DDR für Nato-Truppen, Anerkennung der polnischen Grenzen expliziter Verzicht auf alle Ostgebiete, Anerkennung der Enteignungen aus den Jahren 1945 bis 1949 in der damaligen SBZ, Vertrauensschutz für alle Verträge der alten DDR gegenüber den osteuropäischen Ländern, Schutz der sowjetischen Ehrenmale als Symbole der antifaschistischen Verpflichtung der neuen Republik, schließlich 15 Milliarden DM Reparationen für die faktische Demobilisierung und Wiedereingliederung der heute noch in der DDR stationierten sowjetischen Truppen.

Erstauslich auch, daß niemand, außer einigen Rechtskonservativen in der CSU und pazifistischen Linksneutralisten, die neu gewonnene Souveränität als nationalstaatliche Interpretieren und in Anspruch nehmen will. Grundlage der abgeschlossenen Verträge war ja gerade die nicht in Frage gestellte Mitgliedschaft in der sich wandelnden und auflösenden NATO, sowie die unauf lösbare Einbindung in die EG.

Aber noch keine der großen Möglichkeiten, die sich auch außenpolitisch jetzt eröffnen, ist schon ergriffen. Noch nichts von der möglichen Friedensordnung ist gewonnen und sicher. Die Ratifizierung der Verträge in den Parlamenten der vier Siegermächte und im neuen Bundestag steht noch aus. In allen Parlamenten wird es für mindestens ein Jahr große politische Auseinandersetzungen über den ersten Schritt zur neuen Weltfriedensordnung geben. Die Bedenken und Zweifel, die Ängste vor Deutschland müssen und können in diesem Jahr ausgeräumt werden.

Alle Positionen, von denen aus jetzt gegen die Verträge argumentiert wird, verweigern sich der Friedensverantwortung, die die neue Republik in Europa haben kann. Sie schüren damit den alten rechten und linken Nationalismuswahn vom ewig benachteiligten, halbsouveränen Deutschland. Sozialdemokraten und Grüne sollten diesen beiden Verträgen schnell zustimmen und die Konservativen auf dem Weg nach Europa vor sich her treiben. Wolf Biermann, nach Ost-Berlin zurückgekehrt, erklärte über sein neues Domizil am Prenzlauer Berg, was für die ganze Republik gelten kann: „... wenn man Mut hat und ranklotzt, kann das der schönste Platz auf der Welt werden, wo man leben kann und gute Freunde hat, und wo die menschliche Landschaft in Ordnung bleibt.“ **Udo Knapp**



Nach der Zeeseenboot-Regatta

Foto: Arnt Löber

Banküberfall

Ein Thema erregt die Gemüter der Zeit wie kein anderes: Die Erhöhung der Zinsen für Kreditnehmer. Die vor Jahren eingeleitete Kampagne des Eigenheimbaus zur Förderung des Lebens z.B. in ländlichen Regionen hat viele der DDR-Bürger an Dorf und Land gebunden. Denn nirgendwo konnte man so günstig bauen wie in unserer schlechten alten DDR. Zwar unterzog sich der Häuslebauer einer Tortur von flankierenden Maßnahmen, und ohne ein gut funktionierendes Beziehungsgeflecht hatte es keinen Sinn, auch nur einen Spatenstich zu unternehmen. So hat es dann manche Familie zu einem respektablen Grundstück, meist allerdings in Pacht, und zu einem Haus gebracht. Wer sich besonders geschickt anstellte, der erwirtschaftete durch den Hausbaukredit sogar ein Auto. Das ließ man so leicht nicht im Stich. Nun ist das Haus, in das man so viel Energie steckte, offensichtlich auf Sand gebaut.

Mit dem Staatsvertrag kam ein großzügiges Geschenk auf Kreditnehmer zu: Die Schulden wurden halbiert. Das konnte nur ein Geschenk aus der Büchse der Pandora sein! Wer bis in den Juli hinein noch hoffte, das Erwachen fiele nicht gar zu böse aus, wurde spätestens beim Blick auf die Kontoauszüge herb enttäuscht: Die Banken hatten die Raten in der Regel um das drei- bis vierfache erhöht, denn die Zinsen stiegen von 1 auf 9,2 %. Das bedeutet für manche Familie, ein Viertel des Einkommens für die Kreditrückzahlung aufbringen zu müssen! Daß den Banken dann auch noch der Fehler unterlief, die Kunden nicht zu informieren und die Raten via Abbuchungsverfahren einzuziehen — da mag der einzelne Kunde entscheiden, ob er sich so behandeln lassen will. Der kleine Mann und die kleine Frau stehen dem wie so oft hilflos gegenüber, denn: Die Banken scheinen das Recht auf ihrer Seite zu haben: Der Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gestattet den Banken, die Zinsen einseitig zu erhöhen.

In Zeiten wie den unseren kann Recht doch wohl nicht Recht bleiben? Pacta sunt servanda, ein Grundsatz, dem man sich verpflichtet fühlen sollte. (Zum selben Thema lesen Sie Seite 3.)

Ach, Frau Präsidentin!

Müssen wir weiterbängen? 256 Volkskammerabgeordnete, die nicht in den Bundestag einziehen, wollen nicht so einfach mir nichts dir nichts ins Privatleben zurück. Darum soll bis zur Abstimmung das Staatssäckel geöffnet sein und die Gehälter von immerhin 5.900,- DM für zwei Monate weiterfließen. Wollen die Abgeordneten sonst ihre Zustimmung verweigern oder wie darf man die Bitte unserer Fristlady verstehen? Sie befürchtet sonst Verärgerungen für die Abstimmung. So langsam vergeht wohl das Schmunzeln, wenn man an unsere stets propper dreinschauende Frau Präsidentin denkt. **R.M.**

Diestel und kein Ende?

So richtig mag ich nicht mehr darüber nachdenken, was es mit diesem Herren auf sich hat. Doch Herr Diestel steht für einen Teil unserer Geschichte, also zerknirscht ans Werk: Dem Manne soll geholfen werden!

Solange diese Republik noch besteht, werden wir nicht müde zu betonen: Männer wie Diestel sind die Sorte Saubermänner, die wir entbehren möchten. Aber sie sind zäh, diese Männer der letzten Stunde.

Seine Fraktion — die sich mittlerweile bei uns entschuldigt, daß sie ihn uns auf den Ministersessel hievt — wolle sich im Juli von ihm trennen. Nichts da. Lothar de Maizière stand zu unsrem Innenminister. Er wußte es zu schätzen, daß sein Minister ohne falsche Berührungängste zu seinen Mitarbeitern hielt, die zwar nicht samt und sonders zur Stasi gehörten, aber doch zum großen Teil Erbe des alten Apparates waren.

Als die DSU nun nichts mehr mit Diesel am Hut haben wollte, er selbigen aber nicht nahm, verließ er diese Partei und wurde CDU-Mitglied. Drei Tage später beschloß die Volkskammer eine Gesetzesänderung: Minister

können im Amt bleiben, wenn sie ihre Partei verlassen. Eigentlich kam für Diestel dies Gesetz zu spät, er hätte seinen Sessel räumen müssen. Jetzt versucht seit Wochen Hans-Joachim Hacker (SPD), Vorsitzender des Rechtsausschusses in der Volkskammer, das Hohe Haus über diesen Umstand zu informieren, aber Frau Bergmann-Pohl hatte bislang nie die rechte Lust, diese Angelegenheit in die Tagesordnung zu nehmen.

Diestel bleibt also der oberste Dienstherr aller Sicherheitsorgane. Seine Aufgabe ist die Bewahrung des inneren Friedens im Lande. Der ist aber bekanntlich schwer gestört durch das Wissen um die ungezählten Stasifunktionäre, die weiter unbehelligt mit uns leben. Als Minister, Abgeordnete, Direktoren, Lehrer ... Diestel deckt sie alle, gewollt oder ungewollt.

Abgeordnete der Volkskammer aus verschiedenen Fraktionen sind sich einig, Diestel ist unfähig, die Auflösung der Stasi und Aufarbeitung der Stasivergangenheit zu leiten. Sie beantragen die Abberufung des Ministers. Der Ministerpräsident überläßt die Entscheidung dem Hohe Hause. Das

Hohe Haus quält sich mit dieser Aufgabe, und ... versagt. Die PDS tut so als ginge sie das alles nichts an, die CDU steht zu ihrem Mann. Ein neuer Akt in einem Trauerspiel. Die Kammer ist nicht einmal dieser Aufgabe gewachsen, sich von Männern wie Diestel zu trennen. Ist Befangenheit im Spiel? Wäre es nicht möglich gewesen, binnen eines halben Jahres herauszubekommen, wer von den Abgeordneten und Ministern denn nun mit der unseligen Stasi Berührungen hatte? Neue Namen sind ins Gespräch gekommen: Umweltminister Steinberg, Ex-Wirtschaftsminister Pohl, Wohnungsbauminister Viehweger und Rainer Eppelmann, Pastor und Verteidigungsminister. Ich will das alles nicht glauben. Der letzte Schlag der Stasi? Ein Abschiedsgeschenk zum Beschluß unserer ungunen letzten vierzig Jahre? Es ist leider nicht zu erwarten, daß Männer wie Diestel uns die letzten Tage DDR mit ihrem Rücktritt erleichtern. Eine Hoffnung bleibt, vielleicht haben sie sich so diskreditiert, daß sie in künftigen Kabinetten keinen Platz finden.

Regine Marquardt

Politik



Britische Soldaten am Golf, demnächst auch Soldaten aus Deutschland?

Foto: amw

Deutsche Soldaten an den Golf?

Wolf Graf Baudissin war der erste Leiter des Hamburger Instituts für Frieden- und Konfliktforschung.

Kürzlich sprach er sich dafür aus, Schiffe der Bundesmarine im Rahmen der NATO, der UNO oder der Westeuropäischen Union in den persischen Golf zu schicken.

Graf Baudissin, Sie haben kürzlich gesagt, die Bundesmarine dürfe sich nicht länger vor einem Einsatz in den persischen Golf drücken. Was versprechen Sie als Friedensforscher sich dazu?

Ich habe nicht für den Einsatz bundesdeutscher Schiffe plädiert, um sich dort am Krieg zu beteiligen, sondern, um einen deutschen Beitrag zu leisten für die erste politische Aktion der Vereinten Nationen, die ja zum ersten Mal als kollektives Sicherheitssystem einigermassen funktioniert. Das heißt, um zu zeigen, daß diese Institution etwas kann, die ihre Mitglieder ja dazu verpflichtet, Konflikte gewaltfrei auszutragen, aber eben auch zur kollektiven Gegenwehr aufruft, falls ein Staat versucht, mit Gewalt seine Vorteile durchzusetzen.

Nun ist es bislang so, daß die Bundesrepublik aus bestimmten UNO-Klauseln bewußt ausgeschlossen ist. Inwieweit ändern sich Gründe dafür durch die deutsche Vereinigung?

Das werden wir erleben müssen. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Gesamtdeutschland nicht auch ein vollberechtigtes und damit auch verpflichtetes Mitglied der Vereinten Nationen wird. Ich glaube, wir haben sicherheitspolitisch in der letzten Zeit zwei ganz große Fortschritte gemacht. Der eine ist, daß aus der Ost-West Konfrontation so etwas wie eine Nord-Kooperation geworden ist, der zweite ist, daß die Vereinten Nationen sich eben endlich als kollektives Sicherheitssystem erkennen.

Nun gibt es Leute, die sagen daß dieses kollektive Sicherheitsinteresse die Ausnahme ist, und nur dem großen gemeinsamen Erdöl-Interesse der Industriestaaten zu verdanken ist.

Mit Sicherheit hat das bei vielen Leuten eine gewisse Rolle gespielt. Im Augenblick sind die Schiffe dazu da, die wirtschaftlichen Sanktionen gegen den Irak durchzusetzen, also aufzupassen, daß die Blockade nicht aus wirtschaftlichen Interessen unterlaufen wird. Hier geht es nicht darum, Krieg zu führen, sondern einen Krieg zu verhindern.

Erwecken deutsche Kriegsschiffe in fremden Gewässern nicht trotzdem merkwürdige Assoziationen, vor dem Hintergrund der deutschen Verantwortung für zwei Weltkriege?

Ich könnte mir auch genau das Gegenteil vorstellen: Daß international gesagt wird, erst haben die Deutschen uns zwei Kriege gebracht und jetzt sind sie nicht mal gewillt, im Rahmen der UNO eine Blockade durchzuhalten. Da kann man gegen uns Deutsche, so und so reden.

Dies Interview stellte uns die Hamburger Rundschau zur Verfügung.

Die Grünen/Bündnis 90/BürgerInnenbewegungen:

Gehören wir zusammen?

Die Schwierigkeiten der Grünen West mit den Alternativen Ost werden immer offenkundiger. Während einer ersten größeren Begegnungstagung dieser beiden Wahlbündnispartner blieben die Einen die Etablierten. Sie formulierten ihre politischen Ziele in gestylten „6 Perspektiven für Radikaldemokratie gegen die Taktik in der Politik“ (Prof. E. Krippendorff), oder fanden die Ursachen der ökologischen Krise trendbewußt im Patriarchat, DDR-Oppositionelle wie Bohley, Poppe, Reiche haben ganz andere Sorgen: die der konkreten Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Frauenprobleme in der untergegangenen Republik. Auf die Frage, wie man im politischen Tagesgeschäft bleiben kann, hoffte man auf Antwort. Aber bei so großen Unterschieden verstand man sich nicht. „Ein Erschrecken war spürbar“, sagte Antje Vollmer, „wir halten uns kaum aus“. So berichtet Der Spiegel von dieser Begegnung.

Umso erfreulicher, wenn dann trotzdem jemand mithelfen will, hier in den Niederungen der neuzubildenden Länder grüne Politik zu machen. Der Mitarbeiter der Grünen Bundestagsfraktion Udo Knapp, ließ sich von Hallenser Freunden dazu bewegen, für sie in

den Landtag von Sachsen-Anhalt zu ziehen. Vom Hallenser Neuen Forum wurde er nominiert, auf der Landesversammlung in Köthen auf einen sicheren Listenplatz gewählt.

Soweit, so gut, wenn damit nun nicht persönliche und Ost-Westempfindlichkeiten betroffen worden wären.

Während also der gewählte Landtagskandidat Udo Knapp sich im Westen aus- und in Halle einbürgern läßt, wird hinter den Kulissen kräftig „gearbeitet“. Die Unterlegene Gruppe um den Altoppositionellen Hans Joachim Tzchiche läßt das Wahlergebnis vom Landesverband annullieren, obwohl der Republikssprecherat jenes für ordnungsgemäß befand. Nun wird der inzwischen auch in den Bundestag gewählte Tzchiche in den Landtag einziehen.

Auch vom Bundesvorstand seiner eigenen Partei muß Knapp nun noch die Schelte des parteischädigenden Verhaltens einstecken. Alles nur, weil jemand neue deutsche Normalität leben will.

Der Versuch eines Brückenschlages. Er ist gescheitert. Es wäre der deutsch-deutschen Opposition zu wünschen, wenn Grüne, Neues Forum etc. einen gemeinsamen Weg fänden.

H. Panse

RUMÄNIEN: Die Revolution ist steckengeblieben

Ein Reiseland ist Rumänien nach seiner Wende beileibe nicht geworden. Wie ehemals lange Schlangen an den Tankstellen, wie ehemals im ersten Restaurant am Ort zum Essen weder Wein noch Bier, allenfalls Wasser. Wie ehemals sind Zigaretten und Kaffee die Währung, die man braucht, um irgendwelche Dienstleistungen zu erlangen. Anders als ehemals blüht der Schwarze Markt, auf dem für harte Mark vieles gehandelt wird, von Antibabypillen bis Jeans.

Wer dennoch, wie wir, in diesem Sommer Rumänien als Urlaubsreiseziel erkort, hat Freunde dort, gute Freunde, die er wiedersehen wollte, hat durch diese Freunde ein nahes Interesse an dem Land, in dem sie leben.

Unsere Freunde wohnen in Siebenbürgen, sind Deutsche. Vielleicht zum letzten Mal konnten wir sie in ihrer angestammten Heimat besuchen. Sie wandern aus. Auch Familien, die jahrelang sagten, sie würden bleiben, sind nun zur Aufgabe der geliebten Heimat, des angestammten Hofes, bereit. Pfarrersfamilien aus der klein gewordenen evangelischen Kirche in Siebenbürgen bilden da keine Ausnahme. Auch sie gehen. Wer noch bleibt, weiß nicht wie lange noch. „Vielleicht sind wir in einem Jahr schon fort, vielleicht erst in zwei Jahren“, sagen sie.

Anfängliche Hoffnungen auf eine gerechte Nationalitätenpolitik nach der Wende sind inzwischen tiefer Enttäuschung gewichen. Regierungsversprechungen wurden nicht eingehalten. Der rumänische Nationalismus feiert Triumphe wie zu Zeiten des alten Diktators. Die Tatsache, daß es in einer von den Sachsen geprägten Stadt wie Hermannstadt (Sibiu) bis heute keine zweisprachigen Straßen-

schilder gibt, ist nur ein Beispiel dafür, daß der rumänische Staat nicht am Eigenleben seiner Minderheiten interessiert ist. Schwerer wiegt, daß es kaum noch deutsche Schulen oder auch nur Klassen in ehemals deutschen Ortschaften gibt.

Dabei müssen die jetzigen rumänischen Machthaber sich um die wenigen Deutschen keine Sorgen mehr machen. Die etwa 150.000 Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben ziehen fort. Anders ist die Lage im Blick auf die ungarische Minderheit im Land. Siebenbürgen hat immer noch eine millionenstarke ungarische Bevölkerung. Und die Ungarn haben nicht vergessen, daß Siebenbürgen erst nach dem Ersten Weltkrieg durch den Wiener Schiedsspruch zu Rumänien kam. Die heutige Grenze zwischen Ungarn und Rumänien ist durchaus keine historisch gewachsene, sondern eine künstliche und immer noch „heiße“ Grenze, auf rumänischer Seite durch massive Grenzanlagen gesichert. Beide Länder, Ungarn wie Rumänien, sind auf eine vernünftige, kooperative Politik angewiesen, damit die beiderseitigen Nationalismen nicht zu unbeherrschbaren Konflikten führen. Freilich sieht es derzeit nicht so aus, als erkenne die rumänische Führung diese Notwendigkeit. Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, daß die Stimmung gegen die Ungarn von den Machthabern in Bukarest eher ausgenutzt wird, um von den Problemen im Lande abzulenken. Empört übersetzte uns ein Freund aus einer rumänischen Zeitung eine antiungarische Passage, in der es hieß, die Ungarn hätten sich in Siebenbürgen immer nur bereichert und täten es auf Kosten der Rumänen heute noch. Die Rumänen ertrügen es nicht, hörten

wir, daß ausgerechnet der ungarstämmige Bischof Tökes zur Symbolfigur des Aufstandes gegen das Ceausescu-Regime wurde.

Probleme, von denen abgelenkt werden muß, gibt es genug. Im Grunde reduziert sich die umfassende wirtschaftliche, politische und soziale Misere im Land auf ein Faktum: die steckengebliebene Revolution. Einheimische Beobachter sagten uns, die Revolution im Dezember sei in Wahrheit keine Revolution von unten, sondern ein Putsch von oben gewesen. Die Putschisten um den heutigen Regierungschef, den Kommunisten Iliescu, seien auf den Zug der Revolution, die von Temesvar ausging, aufgesprungen und hätten sich als die Helden der Revolution feiern lassen.

In Wahrheit seien die alten Machtstrukturen im Partei- und Staatsapparat bis hin zur Securitate erhalten geblieben. So ist die Entwicklung in Rumänien, will man sie mit der in der DDR vergleichen, bei Egon Krenz und seinem Versuch, das alte System zu retten, steckengeblieben. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Iliescu „Front zur nationalen Rettung“ die Wahlen gewonnen hat. Seit die politische Führung die Studenten-demonstrationen im Juni durch die herbeigehten Bergarbeiter gewaltsam beenden und dabei die Büros der Opposition gleich mit zerstören ließ, ist ihre demokratische Legitimation schwer angeschlagen.

Die neue rumänische Regierung hat mit dieser gesetzlosen Zerschlagung oppositioneller Kräfte im Lande viel internationales Ansehen gespielt. Sie hat sich in Europa isoliert und wird es schwer haben, den Anschluß an die europäische Entwicklung zu finden. Ausbaden aber müssen das die Menschen in Rumänien, die einem schlimmen Winter entgegensehen.

Und die rumänische Kirche, die orthodoxe Mehrheitskirche, die anders als die kleinen Minderheitskirchen im Land wirklich Einfluß hat. Sie hat zu den Juniereignissen geschwiegen. Sie ist nach wie vor die staatsstreue Kirche, läßt sich vom neuen alten System hofieren, zelebriert ihre Liturgie im rumänischen Fernsehen zum Beweis der neuen Religionsfreiheit, ist aber nicht bereit, die eigene Geschichte aufzuarbeiten, geschweige denn jetzt sich als Anwalt der Menschen im Lande kritisch zu Wort zu melden.

Gerhard Thomas („Die Kirche“)



Ausgebrannte Häuser in Hermannstadt, Zeugen der Straßenkämpfe zwischen Arme und Securitate.

Wahlkampf-kolumne von Gerhard Baum (F.D.P.)

Für Wachstum und Beschäftigung

Wir veröffentlichen seit Mitte August Kolumnen zum Wahlkampf. Die Autoren bringen ihre persönliche Sicht der Dinge zum Ausdruck. Die Redaktion gibt weder die Themen vor, noch „zensiert“ sie die Texte, denn der Leser hat einen Anspruch, die originären und parteilichen Positionen der Politiker kennenzulernen. In dieser Woche bringen wir eine Kolumne von Gerhard Baum (F.D.P.), MdB, Bundesminister a.D.

DDR. Es ist ganz und gar unerträglich, daß sich die westdeutschen Bundesländer bisher geweigert haben, einen wirksamen Solidaritätsbeitrag zum Aufbau der Länder und Gemeinden in der DDR zu leisten. Bei der Bauwirtschaft müssen die großen Chancen genutzt werden. Zinsverbilligung für Altkredite. Menschen die Kredite im Vertrauen auf niedrige Zinssätze aufgenommen haben, dürfen jetzt nicht in ausweglose Situationen geraten; die Förderung von Wohnungsbauinvestitionen und des

Bausparens, Sanierungs- und Entwicklungspläne im Umweltschutz, damit Gesundheitsgefahren abgebaut und Investitionsvoraussetzungen geschaffen werden. Alles ist Inhalt eines liberalen „Sofortprogramms für Wachstum und Beschäftigung in der DDR“, um dessen Umsetzung sich die Liberalen tatkräftig bemühen werden.

Die F.D.P. wird ihre ganze Kompetenz als Partei der Marktwirtschaft einbringen in die Zukunft der neuen Bundesländer. Die

F.D.P. hat mit einer kontinuierlichen Außenpolitik seit Jahrzehnten wesentlich dazu beigetragen, daß es jetzt unter diesen positiven Umständen zur Einheit Deutschlands kommt. Ohne Genschers internationales Ansehen und sein unermüdetes Wirken für die deutsche Sache, wären wir nicht zu diesem Punkt gelangt. Er hat sich auf diesem Wege durch niemanden beirren lassen. Die F.D.P. wird schließlich als Rechtsstaatspartei mitwirken am Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates in den neuen Bundesländern. Die F.D.P. hat sich als erste zu einer gesamtdeutschen Partei mit denjenigen in der DDR zusammengeschlossen, die sich als überzeugte Demokraten zum Liberalismus bekennen.

Die F.D.P. wird sich auch nicht im geringsten dem Vorwurf aussetzen, durch unrechtmäßig erworbenes Vermögen die Gleichheit der Wahlchancen verletzen.

Impressum

Mecklenburger Aufbruch

ist eine unabhängige Publikation, veröffentlicht unter der Lizenznummer 76, ISSN 0863-369X, Registrier-Nr. 309

Herausgeberin und Chefredakteurin: Regine Marquardt
Mitherausgeber:
Dr. Joachim Müller

Redaktion:
Politik: Regine Marquardt, Dr. Joachim Müller, Dr. Cora Stephan, Wirtschaft/Soziales/Ökologie: Niels Mester, Bildung/Kultur: Frank Willers.

Verlag:
Mecklenburger Verlag GmbH
Puschkinstraße 19
Schwerin 2750, Tel.: 8 33 88

Verlagsleitung:
Hans-Ulrich Gienke

Anzeigen: Rainer Prinzler
Satz: abc-Satzstudio Katharinenstr. 69, 2400 Lübeck

Druck: LN Druck GmbH
Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken. Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

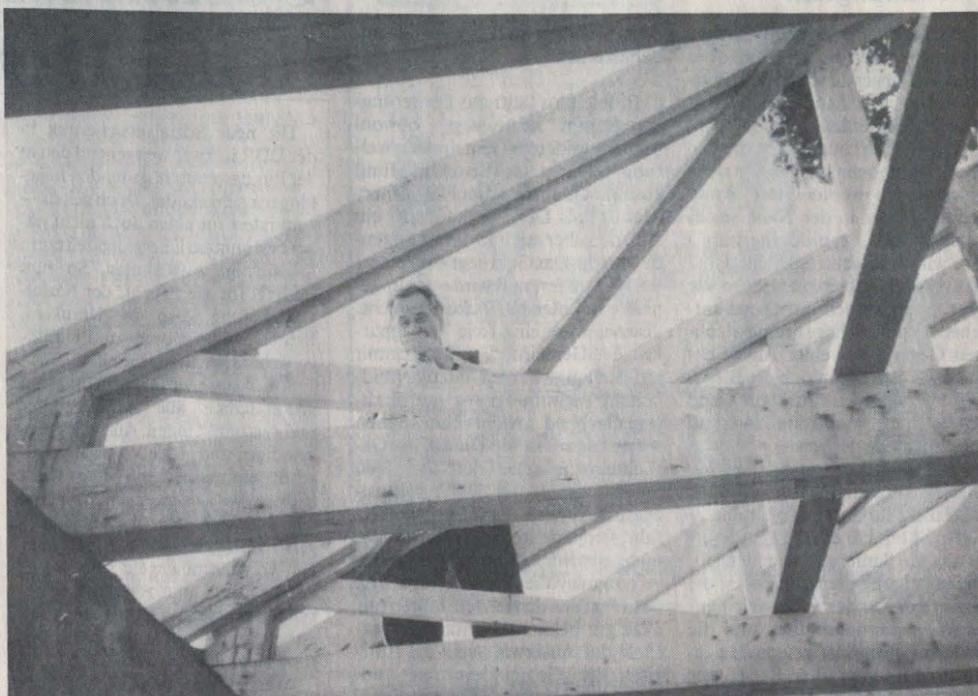
Das Thema

Der Traum von eigenen Haus

gibt sie noch, die alten, ehrwürdigen Handwerkstraditionen. Zum Beispiel in Parchim. Werner Brockmann spricht den Zimmermanns nach vollbrachter Arbeit. Er ist über den gesamten Komplex „Friedhofsweg“ zu. Hier entstehen zwanzig Eigen-

zwanzig Familien bauen hier seit Frühjahr, trotz mancher Widrigkeiten bürokratische Bremsen vertragen. Der Amtsschimmel wiegetreulich nach dem Motto: „Nun kann man seit ein paar Jahren unter einer Vielzahl von Bauverfahren wählen. Eine Wohltat, wenn man bedenkt, daß früher man Familie schon auseinandergeworfen war, bevor alles „organisiert“ war. Eine weitere Wohltat: seit dem Ende sind die Schulden bei der Bank halbiert. Die Kehrseite der Medaille: sind die Zinsen drastisch angelegen. Die Bauherren sind verunsichert. Keiner weiß so recht, wie der Kredit zu Ende finanziert werden soll.

Schwierigkeiten gibt es aber auch, der Bau schon abgeschlossen ist. Es gilt etwa für die Familie B. aus einem Dorf im Landkreis Schwerin. Ursprünglich aufzubringende Summe betrug 72.000,- Mark, da wurden 58.000,- Mark als Kredit der Bank aufgenommen und als Hypothek auf das Haus eingetragen. konnte die Familie ihr Haus bezahlen. Den Kredit zahlte sie in monatlichen Raten von 60,- Mark zu. Kein Problem, denn beide Ehepartner standen in Lohn und Brot. Auch, die Gemeinde das Gelände nicht



Fotos: Peter Richter

erschlossen hatte, war ihnen stets hinnehmbar erschienen, denn die alle sechs Wochen fällige Leierung der Abwassergrube kostete nur 70,- Mark.

Bis Juni 1990 hatte Familie B. bereits 13.251,52 Mark zurückgezahlt. Mit der Währungsunion wurden die verbliebenen Schulden halbiert. Das klingt gut, nur: seit dem 2. Juli muß Familie B. statt 60,- Mark monatlich 202,- DM für Tilgung und Zinsen an

die Bank zahlen — und zwar ohne neue Vertragsverhandlungen und ohne Benachrichtigung von der Bank. Zugleich stiegen die Kosten für die Entleerung der Grube auf 150,- DM pro Monat. Das Familieneinkommen aber ist schmaler und unsicherer geworden: Die Ehefrau arbeitet kurz, der Arbeitsplatz des Ehemannes ist ab Oktober gefährdet.

Zwei ganz normale Geschichten aus dem Alltag unseres Lebens. Sie können ebenso in Ebersbach oder Frankfurt/Oder geschehen sein. Was die Betroffenen besonders erobost: Daß sich die neue Zeit nicht nur auf, sondern vor allem hinter ihrem Rücken vollzieht. Die Bank hielt es nicht für nötig, ihren Kreditnehmern die neuen Gegebenheiten mitzuteilen geschweige sie ihnen zu erklären.

Erst Wochen nach erfolgter Abbuchung flatterte der Familie B. ein hektographierter Brief ins Haus. Dem kaum lesbaren Schrieb konnte man entnehmen, man habe, marktwirtschaftlichen Erfordernissen folgend, den alten Zinssatz von etwa 1 % auf 9,2 % erhöhen müssen. Ein solcher Satz ist, in der Tat, in der Bundesrepublik derzeit üblich. In der DDR aber ist abzusehen, daß die Reserven der Familien bald erschöpft sein werden, die, bei schmalen Einkommen, mit niedrigen Zinsen und Tilgungsraten gleichwohl ihre Häuser bislang halten können. Das so erwünschte Privateigentum an Wohnraum dürfte unter diesen Umständen bald wieder zur Umverteilung anstehen: fragt sich nur, zu wessen Gunsten.

Vor allem aber: dürfen die Banken wirklich, was sie, in obrigkeitstaatlicher Anmaßung, ihren Kunden einfach zumuten?

In der Schalterhalle der Raiffeisenbank Schwerin generierte Leute. Unmut macht sich breit. Herr Klemp, Leiter der Bank, gibt bereitwillig Auskunft. Ganz kann er meine Zweifel nicht ausräumen, was die Wahl des Namens für seine Bank angeht: die Namensähnlichkeit sind sicher nicht zufällig, aber mehr als eben den Namen habe die Raiffeisenbank Schwerin mit der von Frankfurt am Main nicht gemein.

Herr Klemp räumt ein, es sei kein guter Stil gewesen, daß man die Kunden nicht informiert habe. In Anbetracht der Kürze der Zeit und bei 4.000 Kreditkunden sei dies aber nicht möglich gewesen, denn in diesem Bereich arbeiten nur zwei Angestellte. Da bekomme ich dann doch fast Mitleid.

Herr Klemp sieht auch, daß die neuen Kreditregelungen Härten für manche Familien mit sich bringen, doch diesen könne geholfen werden. Zwar sei an der Zinserhöhung nicht zu rütteln, aber man könne die Laufzeit des Kredits und damit die Tilgungsrate im Einzelfall aushandeln. Diese Information ist für mich neu.

Man kann also die Höhe der monatlichen Kreditrückzahlung seinem Einkommen „anpassen“. Hinzu kommen aber ebenso monatlich die erheblich höheren Zinszahlungen. Immerhin: so wird mancher sein Haus halten können. Sein Eigentum ist es jedoch erst, wenn die Schulden auf Heller und Pfennig zurückgezahlt sind. Geringere Tilgungsraten aber bedeuten längere Tilgungszeiten.

Manche tröstet die Aussicht, die Schuldzinsen von der Steuer absetzen zu können. Das ist im allgemeinen nur dann richtig, wenn das Haus an andere, zu gewerblichen oder privaten Zwecken, zum Teil oder ganz vermietet ist. Dann können Betriebskosten und Schuldzinsen in gewissem Rahmen bei der Steuer geltend gemacht werden.

Auch von staatlicher Seite wird Entlastung angekündigt. Seit dem 4.9. stehen 100 Millionen DM bereit: sie sollen Familien zur Verfügung gestellt werden, die durch die Zinserhöhung mehr als 20 % ihres Familieneinkommens fürs bloße Wohnen ausgeben müssen oder allen Personen, die unter ein Mindesteinkommen gerutscht sind (das wäre bei einem Ein-Personen-Haushalt 800,- DM, bei einem Mehr-Personen-Haushalt — steigender Betrag). Diese Unterstützung bedeutet einen Kreditnachlaß, über entsprechende Anträge, die binnen vier Wochen gestellt werden müssen, entschieden örtliche Räte. Das klingt großzügig. Aber das ändert nichts an dem entscheidenden Schönheitsfehler: mit dem Staatsvertrag ist Recht gebrochen worden. Denn was eigentlich haben Herr x und Frau y sich um den Staatsvertrag zu scheren?

Es kann ja wohl nicht angehen, daß der berühmte kleine Mann den Staatsvertrag ausbaden muß. Es dürfte sich hierbei um ein schwerwiegendes rechtliches Problem handeln. Es gibt die Möglichkeit der Beschwerde. Gegen solche Verfahrensweise kann man sich wehren, muß man sich wehren.

Vom Geschäftsgefahren der Banken sollte man allerdings auch nicht ganz absehen. Von Kreditnehmern ist nicht zu erwarten, daß sie sich monatlich erkundigen, ob ihre Zinsen sich geändert haben. Niemand kann vergattert werden, Zeitung zu lesen, oder sich auch anderen Quellen zu informieren. Jeder muß sich darauf verlassen können, daß einmal geschlossene Verträge nicht willkürlich außer Kraft gesetzt werden. Insofern machen sich die Banken, die einseitig die Kreditkonditionen ändern, des Vertragsbruchs, mindestens aber der Unterlassung schuldig.

Jeder, der diesen Weg für den rechten hält, könnte einen Brief, etwa wie der Musterbrief im nebenstehenden Kasten, an seine Bank schicken. Jeder muß in der heutigen Situation neu lernen. Auch die Banken. R./R.M.

Auch bei Wahlsieg mit FDP keine höheren Steuern

Interview mit Cornelia Schmalz-Jacobsen

Eine neue Idee von Herrn Diestel lautet, Steuererhöhungen ja, aber nur für West-Bürger. Was hält die FDP von Steuererhöhungen allgemein und von verschiedenen Sätzen in Ost und West?

Cornelia Schmalz-Jacobsen, Generalsekretärin der FDP: Steuererhöhungen sind das falsche Mittel, wir brauchen sie nicht, unsere Wirtschaft ist im besten Zustand. Wir müssen sparen. Es ist ja nicht so, daß die Wiedervereinigung nichts kostet, aber wenn man die Steuern auf die Wirtschaft abläßt, dann passiert genau das Gegenteil dessen was man will. Dann läßt man Investitionsfreude. Wenn man die Steuererhöhungen jedem einzelnen Bürger zumutet, dann ist das auch nicht gerade ein Motivationsschub. Und unterschiedliche Steuern, also die Westbürger stärker belasten und Ostbürger nicht, ist kaum machbar und eine komische Sache. Wir können uns jedoch dagegen vorstellen, daß es für Investoren in der DDR nochmal besondere Steuererleichterungen gibt.

Das heißt, Sie schließen Steuererhöhungen auch nach einem Wahlsieg einer CDU/FDP-Koalition am 2. Dezember aus?

Die FDP wird bei Steuererhöhungen vor und nach der Wahl nicht mitmachen. Es wäre fatal, es ist unsere Meinung nach das falsche Signal. Und wenn man erst einmal die Steuererhöhungen anfängt, dann setzen sich alle in den Lehnstuhl zurück und tun nichts mehr — und gerade tun muß man ja was.

Also keine Steuererhöhungen, sondern Erleichterungen für Unternehmen, die in der DDR investieren wollen. Hoffen Sie, so auch die hohe Arbeitslosigkeit in Griff zu bekommen?

Wenn nicht Klarheit über Grund und Boden herrscht, wenn nicht klar ist, wie die Steuerlage aussieht, wird es keine Investitionen geben. Und wenn es keine Investitionen gibt, werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Es ist ja ein Witz, wenn man sagt, in der DDR herrscht im Wortsinne Arbeitslosigkeit, denn Arbeit ist ja in Hülle und Fülle da, die Arbeit muß gemacht werden, nur die

Arbeitsplätze und die vernünftige Struktur fehlt. Investitionsanreize werden da helfen.

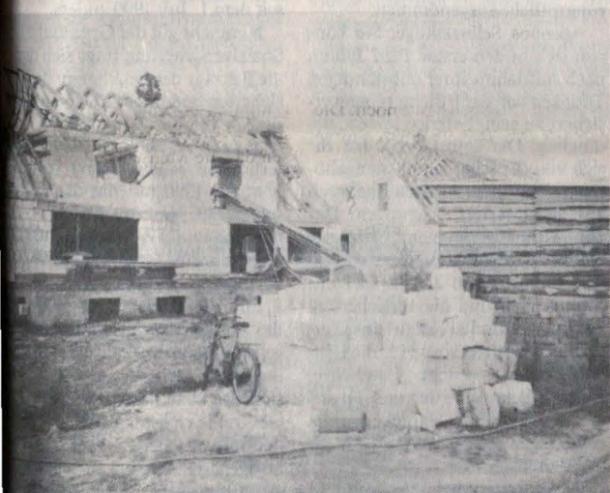
Themenwechsel. Was wird aus dem Paragraphen 218?

Es ist natürlich noch zu früh, dazu etwas zu sagen. Das deutsche Parlament wird sich damit befassen müssen — in aller Ernsthaftigkeit, die dem Thema angemessen ist. Aber ich glaube, es wird eine Mehrheit für Straffreiheit während der ersten drei Monate geben, aber nur mit Beratung. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß mit dem Strafrecht werdendes Leben auch nicht zu schützen ist.

Was wird aus den Kinderkrippen und Kindergärten in der DDR?

Meiner Meinung nach ist die beste Möglichkeit, werdendes Leben zu schützen, eine gute Familienpolitik. So gesehen bin ich sehr froh darüber, daß es gelungen ist, in dem Einigungsvertrag Zuschüsse bis zum 1. Juli nächsten Jahres für die Kinderreinrichtungen in der DDR festzuschreiben. Sie sind notwendig, man kann die Kinderinstitutionen nicht erst kaputtgehen lassen und dann gesamtdeutsch wieder aufbauen. Als nächstes müssen natürlich die neu geschaffenen Bundesländer etwas tun. Aber eine Frau, die sich darauf verlassen kann, daß sie dann den Platz in einem Kindergarten hat, hat natürlich eine ganz andere Sicherheit. Und ich wünsche mir auch, daß das bei uns im Westen auch im größeren Umfang aufgebaut werden kann.

Das Interview führte Niels Mester



MUSTERBRIEF

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Vertrag vom x.x.19xx habe ich einen Kreditvertrag (Bau von Eigenheim) abgeschlossen. Gemäß diesem Kaufvertrag habe ich einen Gesamtkredit von xx.000 Mark aufgenommen. Diesem Vertrag zufolge wurde der Kredit für Baumaterial (xxxxx M) zinslos gewährt, der Kredit für die Bauleistungen (XXXXX M) wurde mit 4 % verzinst, der Kredit war mit 1 % zu tilgen.

In der Vergangenheit habe ich für Zins und Tilgung insgesamt xx M pro Monat bezahlt. Seit neuestem sind xxx M abgebucht worden. Ende August fand ich ein Schreiben in meinem Briefkasten. Es handelt sich dabei um ein hektographiertes Blatt. Absender dieses Schreibens ist die xxx Bank.

In dem Schreiben vom x.x.1990 wird mitgeteilt, daß „mit dem Wirkwerden des Staatsvertrages ... alle bisher geltenden Rechtsvorschriften für die Gewährung von Krediten außer Kraft gesetzt“ sind. Die Zinsen werden ab Juli 1990 entsprechend marktwirtschaftlichen Erfordernissen auch für alle bisher ausgereichten Kredite neu festgelegt.“ Sie teilen des weiteren mit, daß nunmehr Zinsen in Höhe von 9,2 % pro Jahr berechnet werden.

Zu Ihrem Schreiben darf ich Ihnen nachfolgend meine Auffassung

darlegen: Ich bin nicht im Besitz des Staatsvertrages. Sie weisen auch auf keinerlei Bestimmungen des Staatsvertrages hin, nach denen die bislang geltenden Rechtsvorschriften außer Kraft gesetzt sind. Insoweit bitte ich um Information, auf welche Rechtsvorschriften Sie sich beziehen. Ich bitte des weiteren um Übersendung einer Kopie entweder der entsprechenden Bestimmungen des Staatsvertrages oder des gesamten Staatsvertrages.

In Ihrem Schreiben verweisen Sie ferner auf „marktwirtschaftliche Erfordernisse“. Insoweit bitte ich um Auskünfte, was im Einzelnen die Erfordernisse sind, die bewirken, daß nunmehr mein Zins bei 9,2 % liegen soll. In der DDR existiert die Marktwirtschaft ja noch nicht so lange, daß ich mir über deren Erfordernisse klar werden konnte.

Bis zur Klärung der im Vorstehenden genannten Fragen gehe ich davon aus, daß Sie von meinem Konto lediglich den in der Vergangenheit geschuldeten Betrag abbuchen. Ausdrücklich weise ich darauf hin, daß ein höherer Abbuchungsauftrag von mir als strafrechtlich relevant angesehen wird. Ich verweise insoweit auf § 266 StGB., dessen Wortlaut mir zufällig bekannt ist und der in Zukunft auch in der DDR gelten wird.

Bildung / Soziales

Millionen gegen das Dorfsterben

Rubkow in Förderung mit aufgenommen — Großer Verwaltungsakt

Während allerorts über Finanzknappheit geklagt wird, bildet Rubkow im Kreis Anklam eine seltene Ausnahme. Das Dorf mit 843 Einwohnern in sechs Ortsteilen wurde im Frühjahr auf Regierungsbeschluss hin zum Modelldorf erklärt und mit besonderen Fördermitteln ausgestattet. 150.000 Mark waren von Ende März bis Ende Juni auszugeben. Eine kurze Zeitspanne, wie Bürgermeister Harry Mauritz (Bauernverband e.V.) erklärt. Nach der Währungsunion wurden ihm 485 000 DM in Aussicht gestellt. Sofern bis zum 30. September entsprechende Objekte, sprich Bau- oder Projektierungsaufträge, bei der Auftragsverwaltung des Bezirkes Neubrandenburg angemeldet sind.

Die Initiative zur Dorferneuerung in der Noch-DDR fußt auf einer gemeinsamen Vereinbarung des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten drüben. Seit mehreren Jahren in der BRD praktiziert, ist es darauf gerichtet, das Dorfsterben bzw. die unheimliche Urbanisierung aufzuhalten. 40 Millionen DM stehen in diesem Jahr für 32 Dörfer landesweit bereit. Nach

der Vereinigung sollen dann die schon ausgefeilteren bundesdeutschen Förderungssysteme wirksam werden. Zu fördern ist vor allem die infrastrukturelle Basis der Gemeinden, angefangen von Abwasser über Freizeit, Gewerbe und Handel bis zu Straßenbau, Tourismus, Vereinsleben und Wohnungen. Dörfliches Leben soll mit seinen Eigenheiten lebenswert bleiben.

Meine erste Frage, ob damit nicht wieder Potemkinsche Dörfer errichtet werden, die irgendeinem lokalen Fürsten zum Denkmal gereichen sollen, verneint Mauritz. Er kennt Krien südwestlich von Anklam, wo von außen Mittel hineingepumpt worden waren, als unruhliches Beispiel. In seiner Kommunalverwaltung habe man zwar die besondere Gunst, finanziell gefördert zu werden; jedoch müßten alle Vorhaben aus den Bedürfnissen der Gemeinde heraus entstehen, mit den Wählern diskutiert und von den Volksvertretern abgesegnet sein. Das wäre der gravierende Unterschied zu früher: die sozialen Interessen der Kommune geben den Ausschlag. Die freilich entstehen neu

angesichts des landwirtschaftlichen Umbruchs auch in der Rubkower Gegend. Fürs erste sollen 600 ha ertragsschwachen Landes ab Herbst aufgestockt werden.

Mauritz sieht auch nicht die Gefahr, daß die sehr kleinen Ortsteile verschwinden werden. Der Bauer wohnte immer in der Nähe seines Arbeitsplatzes, der moderne mobile Landwirt erst recht. „Abhängig ist alles von den Arbeitsplätzen, so wie sie erhalten werden oder neue entstehen.“ Rubkow liege in einer lieblichen Gegend mit einer Ausweichstraße zur See, wenn sich die Blechlawine zwischen Anklam und Wolgast staut. Man könne sogar an eine Tankstelle denken.

Sowohl selbstverständliche wie auferlegte Bedingung ist es, Fördermittel nicht für Subventionen einzusetzen. Somit hat die Gemeindevertretung die Sanierung von Teichen, die Befestigung des Schulhofes, die Rekonstruktion der Feuerwehrhäuser, Wasserleitungsbauten und die Modernisierung der gemeindeeigenen 10 WE in der alten Krenzower Schnitterkaserne im Auge. Das ganze ruht auf einer neuen 30 000 Mark schweren Dorfgestaltungskonzept-

tion. Sie hängt im Flur des Gemeindebüros aus.

Problemlos läuft das Förderungsprogramm keineswegs, obwohl manch anderer Gemeindeverwaltung vielleicht das Wasser im Mund zusammenlaufen möchte. Harry Mauritz als Dorfbauer ist ein Auftraggeber mit und ohne klingende Münze. Das Geld liegt auf zentralen Konten fest und wird nur auf geprüfte Anträge hin locker gemacht. „Besser wäre eine freie Verfügbarkeit der Gemeinde“, sagt er, damit auf den langwierigen und umständlichen Verwaltungsweg aufmerksam machend. „Nichts klares haben wir auf dem Tisch!“ Die diffuse Gerücheküche über den löchrigen Staatshaushalt der DDR verunsichert zusätzlich. Es wachse die Gefahr, Projekte in diesem Jahr nicht mehr abschließen zu können, das verhängnisvolle Wort „Nachhang aus...“ ist aus den letzten Jahren nur allzu gut bekannt. Immerhin stachele das Auserwähltsein die Aktivität der Gemeindevertreter an. Man lerne zunehmend besser, Kommunalpolitik aus eigener Kraft zu machen.

Karl Heinze

Serie

Sozialversicherung in der DDR

Die neue Sozialversicherung in der DDR ist zwar weitgehend den in der Bundesrepublik geltenden Regelungen nachgebildet. Doch gelten — zumindest für einen noch nicht näher bestimmten Übergangszeitraum — wichtige Ausnahmen. So zum Beispiel für die Pflicht, der Sozialversicherung, also der Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung, anzugehören.

Sozialversicherungspflichtig sind grundsätzlich alle Arbeitnehmer und Auszubildenden. Auch die Selbständigen sind in den Versicherungsgruppen einbezogen, allerdings nicht in die Arbeitslosenversicherung, die ausschließlich den „Unselbständigen“ vorbehalten ist. Empfänger von Vorruhestandsgeld sind nur in der Kranken- und Rentenversicherung pflichtversichert, da sie ja der Arbeitslosen- und Unfallversicherung nicht mehr bedürfen.

Arbeitet ein DDR-Bürger vorübergehend für seinen Arbeitgeber in der Bundesrepublik, so bleibt er weiterhin nach den DDR-Vorschriften sozialversichert.

Versicherungspflicht besteht im übrigen unabhängig von der Höhe des Arbeitsentgeltes. Das ist ein gravierender Unterschied zum Recht in der BRD, wo Arbeitnehmer nicht mehr verpflichtet sind, gesetzlich krankenversichert zu sein, wenn sie regelmäßig mehr als 4.725 DM im Monatsdurchschnitt verdienen. Und Selbständige sind im Westen grundsätzlich von der Versicherungspflicht ausgenommen.

Apropos Selbständige. Sie können sich in den ersten fünf Jahren nach Aufnahme ihrer selbständigen Tätigkeit von der Pflicht, rentenversichert zu sein, befreien lassen. Bedingung: Der Selbständige hat für sich und für seine Familienangehörigen einen anderweitigen Anspruch auf gleichwertige Leistungen. Davon wird ausgegangen, wenn der Selbständige dafür Beiträge zumindest in Höhe von 252,45 DM pro Monat zahlt und die Versicherung Zahlungen für den Fall der Invalidität und des Alters sowie für die Hinterbliebenen vorsieht. Landwirte, freiberufliche Künstler und Handwerker, die in die Handwerksrolle eingetragen sind, können sich nicht befreien lassen.

Die internationale Verflechtung der Wirtschaft, in die nun auch verstärkt die DDR einbezogen ist, hat zur Folge, daß das ansonsten für die soziale Sicherung maßgebende Territorialitätsprinzip durchbrochen wird. Deshalb sieht das Sozialversicherungsgesetz (SVG) der DDR Ausnahmeregelungen für die Sozial- und Arbeitslosenversicherung vor: Vorschriften über die „Ausstrahlung“ und die „Einstrahlung“.

Das bedeutet: Soweit die in der DDR geltenden gesetzlichen Vorschriften eine Beschäftigung als Arbeitnehmer voraussetzen, gelten sie — auch für Personen, die im Rahmen eines in der DDR bestehenden Arbeitsverhältnisses für eine unbegrenzte Zeit z.B. in der Bundesrepublik „entsandt“ werden (= „Ausstrahlung“). Dies gilt auch dann, wenn der Arbeitnehmer weiterhin in der DDR wohnt und täglich zur Arbeit in die Bundesrepublik fährt („pendelt“). Er bleibt in der DDR sozialversichert; — nicht jedoch für Personen, die im Rahmen eines in der BRD bestehenden Arbeitsverhältnisses für eine begrenzte Zeit in der DDR arbeiten (= „Einstrahlung“). Sie bleiben in der BRD sozialversichert.

Dieses alles gilt auch für Beschäftigungen, die am 1. Juli 1990 bereits entsprechend ausgeübt worden sind. Im Recht der Bundesrepublik gibt es gleichlautende Vorschriften. Damit ergänzen sich diese Regelungen: Ausstrahlung aus der Sicht der DDR ist Einstrahlung aus der Sicht der BRD — und umgekehrt.

Die Vorschriften über die Ein- bzw. Ausstrahlung gelten nur insoweit, als sich die Entsendung in die

Bundesrepublik im Rahmen eines bestehenden Arbeitsverhältnisses vollzieht. Das heißt: Der Arbeitnehmer muß organisatorisch im Betrieb des entsendenden Arbeitgebers eingegliedert bleiben; der Arbeitgeber zahlt also z.B. weiterhin das Arbeits-

Bedingung ist ferner, daß die Entsendung zeitlich begrenzt ist. Dies kann sich aus einer entsprechenden vertraglichen Vereinbarung ergeben, aber auch aus der „Natur der Sache“, etwa für ein bestimmtes Projekt. Eine Höchstgrenze für die Befristung gibt es nicht. Es kommt nur darauf an, daß bereits zu Beginn der Entsendung deren Ende abzusehen ist — und sei es erst in einigen Jahren.

Im Falle der Ein- bzw. Ausstrahlung können die Sachleistungen, also z.B. die Behandlung durch den Arzt oder im Krankenhaus, nicht in der gewohnten Weise in Anspruch genommen werden. Der Arbeitnehmer muß die Rechnung jeweils vorfinanzieren, und sie wird ihm anschließend von der Sozialversicherung erstattet — maximal allerdings in Höhe des Betrages, der in der DDR von der Sozialversicherung zu zahlen gewesen wäre.

Bis Juni 1990 waren die Aufwendungen für die Sozialversicherung in der DDR bei weitem nicht zur Hälfte durch die Beiträge der Versicherten und der Betriebe gedeckt. Der Fehlbetrag wurde aus dem Staatshaushalt beglichen. Das ist seit dem 1. Juli 1990 anders.

Nunmehr gilt der Grundsatz: Die Sozialversicherung trägt sich durch die Beiträge der Beteiligten: der Versicherten und ihrer Arbeitgeber. Lediglich für die Rentenversicherung ist (wie in der Bundesrepublik) weiterhin ein Staatszuschuß vorgesehen: für 1990 in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen den Einnahmen und den Ausgaben, für die Folgejahre in Höhe von 18,8 Prozent der Rentenausgabe.

Für die Sozialversicherung gilt das Solidaritätsprinzip. Die Beiträge orientieren sich nicht am individuellen Versicherungsrisiko, richten sich also nicht nach dem Alter, dem Gesundheitszustand oder der Zahl der mitversicherten Familienangehörigen. Es kommt ausschließlich auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des einzelnen Versicherten an. Konkret: Die Beiträge bemessen sich nach der Höhe des Arbeitsentgeltes. Wer viel verdient, zahlt hohe Beiträge, der weniger Verdienende wird entsprechend geringer belastet — für im Grunde gleiche Leistungsansprüche.

Grundlage für die Berechnung der Beiträge ist — bei pflichtversicherten Arbeitnehmern das Arbeitsentgelt aus der Beschäftigung; — bei pflichtversicherten selbständig Tätigen das Arbeitseinkommen aus ihrer Tätigkeit; — bei pflichtversicherten Vorruhestandsgeld-Empfängern das Vorruhestandsgeld; — bei freiwillig Versicherten das Einkommen — mindestens 200 DM im Monat.

Arbeitsverdienst in diesem Sinne ist der lohnsteuerpflichtige Bruttoverdienst. Bis Ende Juni 1990 war der Teil des Verdienstes, der 600 Mark im Monat überstieg, nicht beitragspflichtig. Diese „Beitragsbemessungsgrenze“ ist zum 1. Juli 1990 wesentlich erhöht worden; gleichzeitig wurde die Freiwillige Zusatzrentenversicherung (FZR) geschlossen.

Die monatliche Beitragsbemessungsgrenze für die Renten- und Arbeitslosenversicherung beträgt 2.700 DM. In der Krankenversicherung beläuft sich die Bemessungsgrenze für die Beiträge auf 2.025 DM (= 75 % von 2.700 DM). Zum Vergleich: In der Bundesrepublik gelten Beitragsbemessungsgrenzen von 6.300 DM (Renten- und Arbeitslosenversicherung) bzw. 4.725 DM (Krankenversicherung).

Wolfgang Baiser

Kurz gemeldet

Gründung wird vorbereitet

Vertreter verschiedenster sozialer Organisationen des Landes Mecklenburg-Vorpommern haben sich in Schwerin zu einer landesweiten PARITÄTISCHEN Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Vorrangigste Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft ist die Vorbereitung der Gründung eines Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern des PARITÄTISCHEN. Als Termin der Gründungsversammlung ist der 05. Oktober 1990 vorgesehen.

Thema

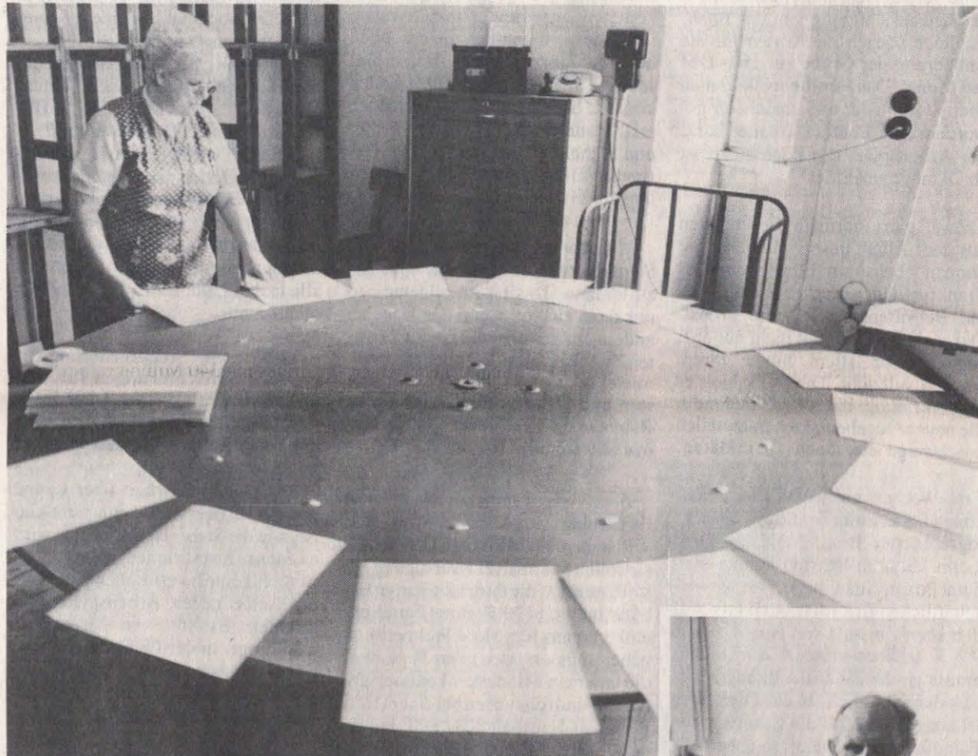
Berufsverbote

Der „Bund gegen Anpassung und Berufsverbote“ aus der Bundesrepublik Deutschland führt am 20. September um 20.00 Uhr im Congress-Hotel Rostock eine öffentliche Veranstaltung durch. An ihr nehmen neben den Gästen auch von beruflicher Ausgrenzung bedrohte Rostocker Pädagoginnen teil.

Vorsicht bei Angeboten

Die Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern warnt alle Bürger dringend vor Angeboten zu Nebenverdienstmöglichkeiten. Dies seien sehr häufig ausgeklügelte Betrugshandlungen. „Reagieren Sie nicht auf Angebote, die von Ihnen eine Voraussetzung zum Erhalt von sogenannten Arbeitspaketen o.ä. verlangen“, betont das Beratungszentrum in Rostock. Der Mitte des Jahres angebotene Nebenverdienst zu Briefmarken-Schaupackungen habe sich als kriminelle Handlung erwiesen.

Aufmerksame Bürger übergaben dem Beratungszentrum Rostock in diesen Tagen neues Werbematerial mit alten Tricks. „Wir geben Ihnen auch Tips, wie Sie ihr eigenes Boss werden oder im Luxus leben ohne Arbeit“ — so lautet beispielsweise ein Angebot. Die Angeschriebenen wurden darauf hingewiesen, daß Bestellungen, die ohne Geldüberweisungen eingehen, ungenutzt in den Papierkorb wandern. Verlangt werden Zusendungen in Höhe von 40,00 bis 300,00 DM pro Arbeitspaket.



Eine Mitarbeiterin der Deutschen Zentralbibliothek für Blinde beim Sortieren von Seiten einer in Leipzig gedruckten Blindenzeitung. Rechts: Ein blinder Lektor bei der Endkontrolle eines Braille-Schrift-Manuskriptes. Fotos: amw

Tausende von Büchern für blinde Leser

Preise werden erheblich steigen

Vor erst 165 Jahren entwickelte der französische Arzt Louis Braille die bis heute gebräuchlichste Blindenschrift der Welt und schuf damit die Voraussetzung für den Aufbau einer ständig anwachsenden Spezialliteratur. Einen umfassenden Überblick darüber, welche schriftstellerischen Werke und Sachbücher zur Zeit in Blindenschrift und in deutscher Sprache angeboten werden können, gewährt die Deutsche Zentralbibliothek für Blinde in Leipzig. Vor knapp 100 Jahren — im Jahre 1894 — als erste Einrichtung ihrer Art im deutschen Sprachraum ins Leben gerufen, hat die Spezialbibliothek und Druckerei bisher, Krieg und Zerstörung zum Trotz, ihre Position, als wichtiges Zentrum für die Verbreitung von

Blindenlektüre, behaupten können. Ungefähr 19 000 verschiedene Buchtitel und fast 40 000 Tonbandkassetten stehen in Leipzig bereit. Ein ebenso wichtiger Aspekt der hier geleisteten Arbeit besteht jedoch nicht nur im Ausleihen, sondern auch in der Produktion von Blindenbüchern. Mit Einführung der Marktwirtschaft in der DDR wachsen die Zukunftssorgen für diese wertvolle Leipziger Einrichtung. Würden bislang Produktion und Verkauf der hier hergestellten Druckerzeugnisse vom Staat im großen Umfang subventioniert, so müssen sich jetzt auch die Mitarbeiter der Leipziger Zentralbibliothek auf eine harte Konkurrenz mit westlichen Anbietern einstellen. Vor der Wende waren die Leipziger „Billigbücher“ für



Blinde auch im Westen äußerst gefragt. War in der DDR früher ein Blindenduden aufgrund staatlicher Preisregelung genauso teuer, wie die konventionelle Ausgabe für Sehende, also ungefähr zehn Mark, so mußten blinde Bundesbürger bis zu DM 600,- für die Westausgabe bezahlen. Betrachtet man aber die deutlich höheren Produktionskosten für den Druck von Blindenliteratur, so werden auch die Leipziger Produkte in Zukunft erheblich mehr kosten als in der Vergangenheit.

Ostseekonferenz fordert rasches Handeln

Wismar (Imv). Mit einer engagierten Erklärung ging die 2. Internationale Ostseekonferenz in Zierow unweit von Wismar zuende.

Alle politischen Institutionen in Ost und West hätten sich als unfähig erwiesen, ökologisch vernetzte Zusammenhänge zu erken-

nen und zu berücksichtigen, heißt es darin. Die Folgen seien unübersehbar: ein Meer kurz vor dem Kollaps, Luft-, Boden- und Gewässerverschmutzung sowie gesundheitliche Schäden. Es zeige sich, daß Mangel- und Überflußgesellschaften ähnliche ökologische Probleme produzieren, die mittel-

bis langfristig zur Katastrophe führen. Kein Land rund um die Ostsee könne sich seiner Verantwortung entziehen. Die Zeit zum Handeln sei da — jetzt!

Die Konferenz hatte rund 150 Wissenschaftler und Vertreter von Umweltorganisationen aus

allen Anliegerstaaten für fast eine Woche zusammengeführt, um — wie es hieß — das Übel an der Wurzel zu packen. Sie hatten deshalb Strategien zur verringerten Belastung aus der Zellstoffindustrie und der Agrarwirtschaft, durch Radioaktivität und den Tourismus beraten.

Wirtschaft

Wahrplan für DDR in die EG vorgelegt

Entlastung für die Landwirte?

Die EG-Kommission hat die Landwirte für den Weg der DDR in die Europäische Gemeinschaft vorgelegt.

Ziel der EG-Kommission ist eine möglichst schnelle Einbindung der DDR in die Rechtsstruktur der Gemeinschaft. Übergangsregelungen sind nur dort geben, wo sie unbedingt nötig sind. Wenn Rat und Euro-Parlament diese Vorschläge der EG-Kommission billigen, werden etwa 80 Prozent aller Rechtsakte der EG in der DDR mit dem Beitritt der Bundesrepublik und damit zur Gemeinschaft sofort gelten.

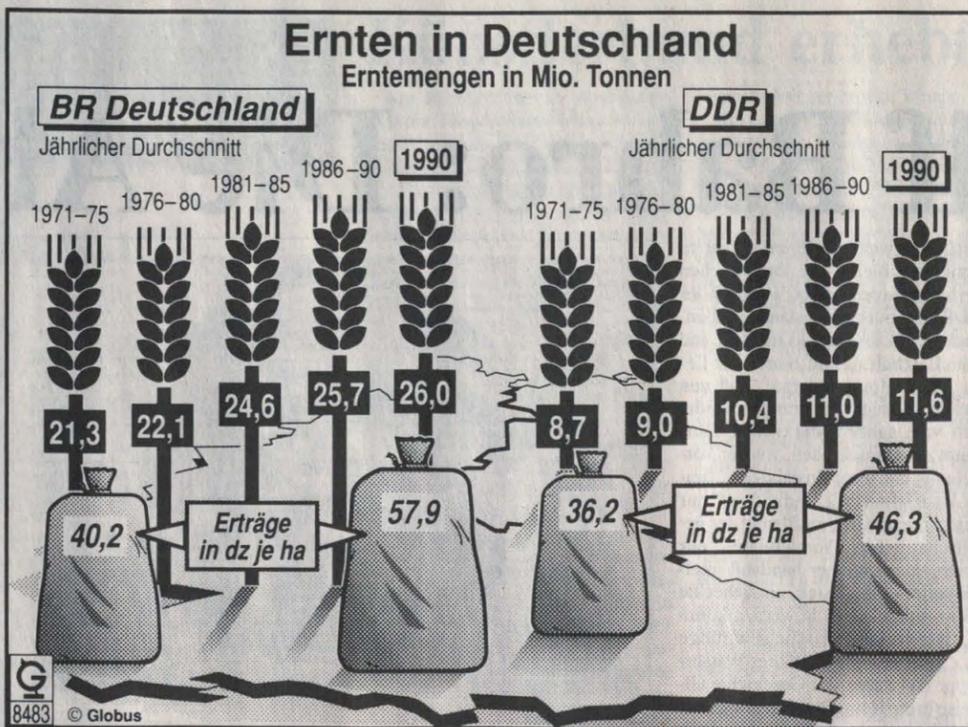
Grundsätzlich soll die DDR spätestens bis zum 31. Dezember 1992 in den Rechtsraum der Gemeinschaft integriert sein. Dort, wo sich der Übergang besonders schwierig gestaltet, wird die EG allerdings längere Übergangsfristen — zum Teil bis 1995 — einräumen. So macht die dramatische Lage der Umwelt in der DDR besondere Maßnahmen notwendig. Da die Einhaltung der EG-Normen für Luft- und Wasserqualität in der DDR aber erst nach umfangreichen Neuanlagen möglich sein wird, hat die EG hier besonders lange Übergangsfristen eingeräumt: Der Weg der DDR in die EG muß gangbar sein. Aber, wo die Sicherheit der Menschen gefährdet ist, hat die Gemeinschaft die Möglichkeit von Ausnahmeregelungen deutliche Grenzen gesetzt. Bei Atomkraftwerken gibt es keine Übergangsfristen. Die hohen EG-Standards müssen hier sofort angewendet werden: Eine der sichtbarsten Folgen wäre die wahrscheinliche Stilllegung der Atomkraftwerke in der DDR, da diese nicht den Sicherheitsnormen der EG entsprechen.

Für die DDR-Bauern, die zur Zeit mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wird die Anwendung aller

Regeln der gemeinschaftlichen Agrarpolitik sicher große Entlastungen bringen. Wenn das Geld zur Preisstützung am Agrarmarkt nicht mehr wie bisher aus DDR-Kassen, sondern aus Brüssel gezahlt wird, werden die ruinösen Notverkäufe der DDR-Landwirtschaft allmählich abnehmen. Für eine Übergangsphase von zwei Jahren werden die DDR-Bauern bei der Pflanzenproduktion sogar besser gestellt sein als die anderen EG-Landwirte: Sie können in dieser Zeit ohne Mengenbegrenzungen produzieren. Die EG ist weiter bereit, die spezielle Wirtschaftsform der LPG zu berücksichtigen.

Konkrete Hilfe für die DDR wird die gemeinschaftliche Strukturpolitik bieten. In den drei Jahren von 1991 bis 1993 sind insgesamt 3 Milliarden ECU, das sind etwa 6 Milliarden DM, für die DDR vorgesehen. Um flexible und schnelle Lösungen zu ermöglichen, hat die EG zunächst auf die Unterteilung der DDR in Zonen mit verschiedener Förderungswürdigkeit verzichtet. Das Strukturhilfekonzert für die DDR soll in ein gesamtdeutsches gemeinschaftliches Förderkonzept integriert werden, das indes die Bundesregierung bis spätestens 31. Dezember 1990 der Kommission vorlegen muß. Bundesregierung und Bundesländer stehen damit in der Pflicht, die Regionalpolitik des künftigen Deutschland eindeutig auf die wirtschaftlich schwächsten Gebiete zu konzentrieren. Wirtschaftsminister Haussmann wird Pläne für eine bedeutende Umschichtung der Regionalförderung in Richtung DDR vorlegen müssen.

Das von der EG-Kommission gestern in Brüssel vorgestellte Konzept bringt der DDR gerade in den wirtschaftlich wichtigen Bereichen Rechtssicherheit. Der jetzt klar vor-



Die letzte getrennte Ernte: Gesät und herangewachsen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, gemahlen und verbacken in Gesamtdeutschland. Die Unterschiede in der Produktionsweise und in den Erträgen werden aber noch längere Zeit bestehen bleiben: Hier bäuerliche Familienbetriebe kleiner und mittlerer Größe, dort riesige landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften mit meist mehreren Tausend Hektar Land und mit Genossenschaftsbauern, die tatsächlich viel eher landwirtschaftliche Arbeitnehmer sind. Die Ernteergebnisse zeigen, welches Agrarsystem produktiver ist. Obgleich die Ernte 1990 in der DDR nach Menge und Ertrag sehr gut ausgefallen ist, würden die gleichen Erträge in der Bundesrepublik fast als Mißernte betrachtet werden müssen. Hüben kamen die Getreidebauern auf 57,9 Dezitonnen (Doppelzentner) je Hektar, drüben auf 46,3 Dezitonnen. Ein Rückblick auf die vergangenen 20 Erntejahre zeigt, daß es der DDR-Landwirtschaft nicht gelungen ist, gegenüber der Bundesrepublik aufzuholen. Die durchschnittlichen DDR-Ernteerträge der Jahre 1971 bis 1975 lagen um rund 10 Prozent, die Erträge des guten Jahres 1990 aber um 20 Prozent unter jenen in der Bundesrepublik. Für den Augenblick freilich wäre ein höherer Ertrag in der DDR-Landwirtschaft nicht einmal willkommen, denn die DDR wird im Oktober der Bundesrepublik beitreten und damit zur EG gehören — die EG aber hat mit Getreideüberschüssen zu kämpfen. Auf längere Sicht aber muß die Produktivität in der DDR-Landwirtschaft steigen, damit dort vernünftige Einkommen für jene erarbeitet werden, die in der Landwirtschaft verbleiben können.

gezeichnete Weg in den Binnenmarkt ist Chance und Zukunftsperspektive für die Wirtschaft der DDR. Die Erfahrungen der Länder, die erst später zur Gemeinschaft gestoßen sind, belegen dies. So hat Spanien, das ebenfalls mit großen Strukturproblemen zu kämpfen hatte, seit seinem Beitritt

einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Im vierten Jahr nach der Erweiterung fließt ausländisches Investitionskapital mit zweistelligen Wachstumsraten ins Land. Die DDR verfügt mit der Bundesrepublik Deutschland über einen wirtschaftlich potenten Partner. Die

anderen „EG-Neulinge“ hatten diesen Vorteil nicht. Die Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Aufschwung sind nunmehr vorgezeichnet. Es hängt jetzt an den Bürgern der DDR, die Chance des großen Binnenmarktes mit 340 Millionen Verbrauchern zu nutzen.“

Verband von Unternehmern gegründet

Rostock (Imv). Die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e.V. (ASU), ein Zusammenschluß von 7.000 privaten Unternehmern in der BRD, ist jetzt auch im Norden der Noch-DDR präsent:

23 Mitglieder gründeten in Warnemünde den ASU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Als Vorsitzender der neuen Vereinigung, deren Paten für ein Jahr die Partner aus Schleswig-Holstein und Hamburg sind, wurde Lutz Fredersdorf, geschäftsführender Gesellschafter einer Gebäudereinigungs-GmbH in Demmin, gewählt.

Ziele und Inhalte der ASU-Arbeit erläuterte der stellvertretende Vorsitzende der Gemeinschaft Ulrich Baberg, Unternehmer aus Lüdenscheid. „Unsere Mitglieder stehen für mittelständische Betriebe mit einer Gesamtmitarbeiterzahl von 1,7 Millionen und einem Jahresumsatz von rund 200 Milliarden Mark“, erklärte der Diplom-Kaufmann aus Westfalen. „Dank dieser Stärke sind wir auch bei Politikern ein oft gefragter Gesprächspartner, wenn es um wirtschaftspolitische Entscheidungen geht“, betonte er. Anliegen der ASU sei es dabei stets, die soziale Marktwirtschaft durchzusetzen zu helfen, beispielsweise durch Bemühungen um den Abbau wettbewerbsmehrender staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft.

Die Gemeinschaft war vor 40 Jahren gegründet worden, als in der jungen BRD vielfach ähnliche Probleme bewältigt werden mußten wie heute in der DDR, so Ulrich Baberg weiter. Der Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern sei nach dem in Sachsen der zweite Verband auf DDR-Gebiet. Bis Jahresende soll der Bildungsprozeß auch in den anderen neuen Ländern abgeschlossen sein. In den nächsten drei bis vier Jahren rechnet man mit etwa 2000 neuen Mitgliedern auf dem Territorium zwischen Ostseeküste und Thüringer Wald.

Schweriner Fensterbau GmbH

Wir fertigen für Sie:
Geräteboxen für Kleingärten
Baustellen Typ 350: 1,73 m x 2,13 m
Grundstücke Typ 500: 2,16 m x 2,35 m

Unsere Gerätebox löst Ihre Probleme:
● Sie ist kompakt, geräumig und benötigt wenig Platz
● Sie ist begehbar, hat ein bzw. zwei Fenster und ist nicht nur als Abstellraum, sondern auch als Kleingartenlaube, Spielhaus oder zur Kleintierhaltung nutzbar.
Montage, Oberflächenbehandlung, Dacheindeckung erfolgen auf Wunsch — mit entsprechendem Aufpreis — selbstverständlich durch den Lieferer.
Wenden Sie sich an uns! Wir beraten Sie gern und erfüllen Ihre Wünsche

Schweriner Fensterbau GmbH
Speicherstraße 4, Schwerin 2756
Telefon: Schwerin 76 31, Telex: 323 119 hobaudd

Gute Nebenverdienste von zu Hause — Info gegen frank. Rückumschlag von Heike Koell, Schillerstr. 1 B, 2804 Grabow.
Verkaufe VW Passat Variant Diesel, Bj. 2/88, 54 PS, dunkelblau, 1 Jahr Werkstattgarantie, Preis 16.800,- DM VHB, Tel. 0451/20 88 06.
Verkaufe Fiat 1300 zur Ersatzteilerwerbung, viele Teile neu, VHB 300,- DM, W. Stech, v. Flotow-Str. 16 a, 2754 Schwerin.

Ofenbau Schwerin GmbH — Ihr Fachbetrieb

Wir führen für Sie sämtliche Ofenbauarbeiten aus:
— Bau von Kachelöfen,
Kachelofen-Luftheizungen,
Kaminen, Sonderausführungen
— Öfen mit Gas-, Öl- und Elektroheizung
— Reparaturen, Reinigungen

Ihr Vorteil: Individuelle Beratung
Kurzfristige Termine
Umfangreiche Auswahl

Ofenbau Schwerin GmbH
Lübecker Straße 157
Schwerin 2752
Telefon: 86 46 17 / 86 15 13
Geschäftszeiten: Montag bis Freitag: 6.30 - 16.00 Uhr, Dienstag und Donnerstag: bis 18.00 Uhr

Ofen Modell „Schwerin“
5,8 kw
nur **995,00 DM** zzgl. MWSt.



INFORMIERT SEIN IST JETZT DAS WICHTIGSTE
Fordern Sie **kostenlos** und unverbindlich die **Preisliste** der gängigen Fachbücher zu Ihrem ganz speziellen Thema an.

Einige Beispiele: **BETRIEBSWIRTSCHAFT E.D.V. u. COMPUTER HGB, BGB u.a. GESETZESTEXTE KOMMUNALE VERWALTUNG WERBUNG - MARKETING BAU - ARCHITEKT HEIMWERKER TECHNIK u. KFZ FORTBILDUNG - UMSCHULUNG LEXIKON ... UND ... UND ... UND ...**

Wir beliefern Sie zu den Festpreisen des DEUTSCHEN BUCHHANDELS, Postversand; Nachnahme u. Porto
SAUSMIKAT-VERSAND, GERH. HAUPTMANNPL. 48, 2000 HAMBURG 1

MÖBELHANDEL
Wilfried Stech
Obotritenring 124 — Der Partner für Schwerin, 2754 — Lundia®-Regalsysteme

Lundia - die Idee - das System
Verwirklichen Sie Ihre Idee mit Lundia — die kesse Fichte
Individuelles Wohnen mit Massivholz — der Wohnspaß
Lundia für Büro, Laden, Lager, Archiv — es ist alles möglich
Im Angebot sind ferner
— Polstermöbel
— Dielenmöbel
— handgetöpferte Keramik
auf Wunsch auch nach Ihrer Idee und Bestellung
Besuchen Sie mich einfach.
Öffnungszeiten: Mi.-Fr. 9-13 Uhr und 14-18 Uhr
Sa. 8-12 Uhr

Verkaufe Koniferen-Jungpflanzen in guter Qualität, Irene Kopplin, Berger Landstr. 3, 2353 Putbus.
Vermiete Lagerraum 100qm, 15 km von Schwerin entfernt, Dieter Müller, Kleefelder Str. 33, 2711 Cambs 746
VW-Derby, 80 ATM, 19000 km, TÜV 11/91, Radio/Cass., VHB 3.300,- DM, Katrin Götsch, Radelandwinkel 1, 2071 Kassenburg bei Trittau, Tel. 04154/4287.
Hilfe! Kein BRD-Dachdecker zu bekommen. Suche DDR-Dachdecker für Sturmschaden in Dassendorf gegen Rechnung bei Barzahlung! Tel. 04104/1576.

Autokauf bis 20.30 Uhr?
Ja, natürlich nur bei Quast

Jeden Donnerstag hat unsere Verkaufsabteilung bis 20.30 Uhr geöffnet.
Schauen Sie einfach mal rein zum Informieren, Klönen usw. An allen anderen Wochentagen sind wir bis 18.30 für Sie da.

Paul Quast GmbH & Co. KG
Grambeker Weg 95-99, 2410 Mölln/Lbg.
Telefon 0 45 42 / 60 28

Rat & Tat & nette Leute.

PAUL QUAST AUTOHAUS

Kultur

MECKLENBURGISCHES STAATSTHEATER SCHWERIN

Rätsel um Marga Heiden



Kürzlich Premiere: „... as de Jungfer tau'n Kind“, Schwank von Manfred Brümmers, Marga Heiden und Eberhard Bremer.

Man fragt eine Frau nicht nach ihrem Alter; eine Schauspielerin schon gar nicht. Bei Marga Heiden könnte man's rauskriegen. Sie hat nämlich mit 14 als Ballettleitin in Schwerin angefangen, und wenn man jetzt wüßte, wie lange sie schon am Haus ist... Aber gerade da beginnt das Mirakel.

Zur Eröffnung dieser Spielzeit gab der Generalintendant das 50 jährige Bühnenjubiläum von Frau Heiden bekannt, zum nicht geringen Erstaunen einiger Eingeweihter, die sich erinnern, dieses doch schon 1986 fröhlich gefeiert zu haben. Jetzt setzte das große Rätselraten ein. Man kam darauf, daß auch schon 1984 und 1988 zum gleichen Jubiläum gratuliert wurde, ja, 1975 wurde gar ein Glückwunsch zum 30. Bühnenjahr ausgesprochen, da Theater ja hierzulande erst 1945 erfunden wurde.

Die Betroffene hat bisher alles gelassen hingenommen, die Wahrheit aber, die nur sie kennen kann, nicht enthüllt. Was nun? Nach der Premiere von Manfred Brümmers Schwank „... as de Jungfer tau'n Kind“ — Marga Heiden spielt die Hauptrolle — hat es vielleicht gewagt und die „plattdeutsche Diva“ selbst gefragt. mf.

Künstlerbund erhebt Einspruch

Am 10. März bereits organisierte sich der Künstlerbund Mecklenburg und Vorpommern e.V. im Verband Bildender Künstler, nahe bei Crivitz, im Hause des Bildhauers Wieland Schmiedel. Entsprechend der politischen Entwicklung folgerichtig und konsequent. Zunächst noch störend tangiert von den Schwierigkeiten bei Abbau des alten VBKderDDR plus des dazugehörenden Wasserkopfes. Das kostet Geld und das dauert (Einhaltung der Kündigungsfristen etc. pp.). Wobei auch personelle Altlasten eine Rolle spielen und der geradezu lächerliche Ablauf, der zustande kommt, wenn ehemalige Bezirksverbandsfunktionäre dem neuen Koordinierungsausschuß angehören und somit quasi ihre eigene Entlassung betreiben. (sehr schön, aber fragwürdig). Daß zumindest die bisherigen Kunst-Funktionäre nicht in jeder Person die kreativsten und in der Avant Garde stehenden Künstler waren, ist und bleibt bekannt. Da konnte und kann eine exponierte Position von Nutzen sein. Nun formuliert der Künstlerbund den Maßstab, daß nur durch die Qualität der Arbeit Einfluß auf die Kulturpolitik genommen werden kann. Und eben jene Qualität einzig Arbeitsaufträge einbringt. Weiter wird einfach und solide festgestellt: Allein künstlerische Qualität und Kontinuität können Kriterien einer Mitgliedschaft sein: Daß alle ehemaligen VBKderDDR-Mitglieder bis 30. August die Möglichkeit hatten, per formlosen Antrag direkt in den Künstlerbund zu wechseln, mag belegen, daß nicht altddeutsches Kasperletheater gespielt wird mit gewechselter Direktorenbesetzung und Hexenverbrennung, sondern ein ande e s Selbstverständnis zugrunde liegt.

Nichts von einer bloßen Wende. Kurz und gut: Mit dem Künstlerbund kommt Bewegung in die verdorrte Kulturlandschaft. Denn der Künstlerbund erhebt Einspruch. Die im Verfassungsentwurf des Landes Mecklenburg/Vorpommern unter II/Art.16 und III/Art.38 gegebenen Aussagen zu Kunst und Kultur stellen schlichtweg eine „erschütternde Verarmung“ dar. Also Einspruch und folgende Vorschläge:

Zu II/Art.16: „Kultur und Kunst sind erklärte Grundwerte des Landes Mecklenburg/Vorpommern. Das Land fördert die Kunst und deren freie Ausübung. Kultur und Kunst des Landes Mecklenburg/Vorpommern sind Bestandteil der deutschen Nationalkultur und somit Bestandteil der europäischen und Weltkultur.“

Zu III/Art.38: „Das Land gewährleistet die freie Kunstausübung und die freie Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an den Schaffensprozessen.“

Weiterhin Einspruch wird erhoben dagegen, daß den zuständigen Behörden keinerlei Kulturpolitisches Konzept zu entlocken sei. Die Aussage wird evident insofern, da auf den seitens des Künstlerbundes umfangreich unternommenen Briefverkehr jede Art Rückruf, Resonanz, gar Verbindlichkeit ausblieb. Bisher. Keine Reaktionen, geschweige denn Antworten oder Vorschläge. Es fallen Namen wie Dr.J.Goltermann, Stellv. d. Regierungsbevollmächtigten und Leiter der Ressorts Gesundheit, Soziales und Kultur, oder der des Schweriner Bildungs-, Kultur- und Sportdezernenten Herrn Scheidung. Möglich, es geschieht ihnen leichtes Unrecht, da sie zweifellos nicht allein so schweige-

sam (oder besser: nichtssagend) in ihrem Boot sitzen. Möglich aber auch, sie raffen sich auf zu konstruktiven Kontakten mit dem Künstlerbund.

Der Forderungskatalog des Künstlerbundes ist derart umfassend, daß die Frage sich aufdrängt, ob denn womöglich den zuständigen Politikern noch keinerlei kunst- und kulturpolitisch relevanter Gedanke geblüht sei. Ginge es schnöde um den schönsten Mammon, nun gut. Aber da hört man vom Künstlerbund den satteften Satz: Das Bild und die Qualität eines Landes werden durch die Kultur geprägt! Schon im früheren VBKderDDR gab es eine ansehnliche Reihe von Überlebenskünstlern, da die Verbandsmitgliedschaft entgegen verbreiteter infantiler Vorstellung keineswegs automatisch Aufträge, zumal finanziell spektakuläre Aufträge erzwingt. Das eigene Säckel prall gefüllt... Aus dieser Ecke hört man die Nachtigall nicht trapsen, wenn gleich es den Künstlern auch um ihre Existenz geht. Vielmehr steht im Vordergrund die Frage der allgemeinen Lebensqualität. Und die wird mehr vom Sein denn vom Haben bestimmt. Welches Lebensgefühl sich entwickeln soll unter einer solcherart verwaisten Kulturpolitik. Der Städtetag z.B. (und nur: zum Beispiel!) benennt und fordert drei wesentliche Punkte: Einem Kaufladen-Projekt. Etwa eine über-die-Straße-Gelegenheit für den Bürgermeister zum fastfoodshopping in der Mittagspause. Wohl kaum. Der Bürgermeister der Landeshauptstadt wird gut daran tun und es zu schätzen wissen, die Künstler des Landes in der Nähe zu haben und sie mitzunehmen in die Verantwortung für die Stadt und das Land. **Wolfram Pilz.**

Kultur und Sozialhilfe

Neubrandenburg (Imv). Mit einer Resolution „Gegen Kulturkahl-schlag — für eine demokratische Kulturpolitik“ haben am Dienstag Künstler und Leiter von Kultureinrichtungen im Bezirk Neubrandenburg gegen „Kürzungen und rigorose Sparpolitik“ in der Kulturlandschaft des östlichen Mecklenburg protestiert.

Auf einer von der IG Medien organisierten Veranstaltung im Neubrandenburger „Haus des Lehrers“ machten Schriftsteller, bildende Künstler und Liedermacher auf ihre teilweise dramatische soziale Situation aufmerksam. Durch gekündigte Verträge von Verlagen oder Veranstalter, ausbleibende Aufträge und Auftritte übersteigen bei vielen inzwischen die seit dem 1. Juli fälligen Sozialabgaben das monatliche Einkommen. Joachim Wohlgenuth, Autor des einstigen DDR-Bestsellers „Egon und das achte Weltwunder“ berichtete beispielsweise, daß von seinem Verlag in diesem Jahr zwei Nachauflagen gestrichen wurden und wahrscheinlich auch die geplante Neuerscheinung nicht herauskommt, so daß er in diesem Jahr noch keine Honorare erhielt. In der Resolution, mit der sich die Künstler an die Auftragsverwaltung und die Kommunen des Bezirkes sowie an die Öffentlichkeit wenden, heißt es, daß viele Künstler „nicht mehr in der Lage sind, das notwendige Geld für Strom, Wasser, Gas oder Miete aufzubringen“.

Die meisten scheuen den Antrag auf Sozialhilfe aus der Befürchtung heraus, damit Arbeitsräume, Ateliers oder Arbeitsmittel zu verlieren.

In der Resolution, die unter anderem von den Schriftstellern Margarete Neumann, Joachim Wohlgenuth und Günter Ebert, dem Maler Joachim Lautenschläger und dem Liedermacher Harald Wandel unterzeichnet ist, wird davor gewarnt, „aus ökonomischen Beweggründen, die Bereiche, die sich augenscheinlich am wenigsten wehren können, zum Opfer einer verfehlten Finanzpolitik zu machen“.

Musikschulen

Rostock (Imv). In den Räumen des Rostocker Konservatoriums wurde am Donnerstag der „Landesverband der Musikschulen in Mecklenburg/Vorpommern e.V.“ mit Sitz in der Hansestadt gegründet. Zum Vorsitzenden wurde Peter Schröder (Direktor der Musikschule Stralsund) gewählt, zu seinen Stellvertretern Renate Oehme (Direktor des Konservatoriums Rostock) und Ute Brezmann (Direktor des Konservatoriums in Schwerin). Der Verband, dem zur Zeit bereits 16 Musikschulen angehören, vertritt die Musikschulen und die bisher benannten Musikunterrichtskabinette in Mecklenburg/Vorpommern.

Bei der Erarbeitung der beschlossenen Satzung hatte der neue Verband große Unterstützung und Beratung durch Wolfgang Hosse, Vor-

sitzender des Landesverbandes der Musikschulen in Schleswig-Holstein e.V., erhalten, um in Mecklenburg/Vorpommern vergleichbare Bedingungen wie in Schleswig-Holstein zu schaffen. Es wird angestrebt, das bisher in der DDR bewährte Unterrichtskonzept zu erhalten. Hinzukommen soll die in der BRD durchgeführte Breitenausbildung für alle sozialen Schichten.

Der Gründungsversammlung des Landesverbandes der Musikschule e.V. schloß sich eine Fortbildungsveranstaltung aller Direktoren und Verwaltungsleiter zu Finanz- und Haushaltsfragen nach dem Modell von Schleswig-Holstein an. Der Landesverband Mecklenburg/Vorpommern wird in vielfältiger Form auf kommunaler Ebene Kulturfragen mitberaten und beeinflussen.

Bei euch sind die Straßen oft erfüllt von Kindergeplärr, scharfzüggige Mütter schimpfen und kreischen, bierbäuchige Väter verteilen Klapse auf Hinterteil und Ohrfeigen. Unqualifizierte Jungeltern beschimpfen sogar das gerade ein Jahr alte Kleinkind als dumm und unverständlich, weshalb es, greint es darob, ruppig im Kinderwagen verstaubt und abtransportiert wird.

Zugegeben, das gibt es auch bei uns. Aber jedenfalls nicht in aller Öffentlichkeit! Wir respektieren die kindliche Persönlichkeit, bieten, wenn das kindgerechte Menü dem Kleinen nicht paßt, schnell eine Alternative an, bringen das Mädchen zum Ballettunterricht und den Jungen in seinen Computerkurs, sorgen auch beim Elfjährigen noch für den Babysitter, wenn wir uns einmal einen Abend im Theater gönnen, fördern auch nicht vorhandene kindliche Talente, kurz; sorgen und mühen uns um die Zukunft der Gesellschaft.

West-östliches Sofa

Hierzulande aber stopft man die Kinder mit Eiscreme voll statt mit wertvollen Spurenelementen und diszipliniert wo nur die (am besten mütterliche) Liebe helfen könnte. Deshalb bleiben unsere Mütter auch die ersten drei Jahre zuhause, um den Kindern die Sicherheit ins Leben mitzugeben, die sie in der harten Welt des Konkurrenzkampfes nunmal brauchen. Insbesondere die Knaben. Die Rabenmütter der DDR aber stopfen ihre Kleinen in die Kinderbetreuung genannten Kaderschmieden des alten SED-Regimes und honorieren diese Lebens erleichterung noch nicht einmal mit geduldiger Zuwendung hernach. Aus solchen Kindern kann ja wohl nichts werden. **Vita Quell**



Amphoren, Vasen, Töpfe und Schüsseln; bemalt und einfarbig, Tauchglasuren von Erdbraun bis Blattgrün — Keramiken des Kunsthandwerkers Joachim Jung aus Glashagen. Text und Foto Horst Nikolaisen.

Galerie am Boulevard Malerei und Keramik

Wer an einem Regentag auf dem nassen Boulevard in Rostock für wenige Minuten ein geschütztes Plätzchen sucht, an heißen Sommertagen einen kühlen Raum zustreben möchte, findet sich oft ungewollt in der Galerie am Boulevard in Rostock wieder. Ganz im Gegensatz zu jenen Kunstliebhabern, die sogar bei trockener Kälte zielstrebig dem Ausstellungszentrum in der Innenstadt zustreben. Dock beide Passantenarten „ereilt“ das gleiche Schicksal: früher oder später sind sie fasziniert von auserwählter Schmuckgestaltung vielseitiger Stilrichtungen; von Skulpturen unterschiedlicher Materialien keramischer Werkstätten; vom Angebot reichhaltiger Exponate bildnerischen Schaffens.

Ursula Strozynski ist 1945 in Dingelstädt geboren, absolvierte später vier Jahre ein Architekturstudium an der T.U. zu Dresden, heute als freischaffende Malerin und Grafikerin wirksam nach einem Projektantenjahr (1976-1977) in Berlin-Pankow.

Teilnahme an vielen Ausstellungen wie X. Kunstausstellung Dresden, Intergrafik Berlin, „Konturen“ in der Nationalgalerie, Galerie im Schloßpavillon in Ismaning-München, Grafikiennale Krakow, Kunstmesse Poznan, Grafikiennale Ljubljana und Berliner Künstler in Moskau.

gelt, geschupst. Manchmal, wenn ich mit dem Kleinen im Bus stehe, denke ich, er wird mir noch zerquetscht.

Wenn dann wenigstens in der Wohnung ein bißchen Platz wäre. Weil das Kinderzimmer nur neun Quadratmeter hat, sind wir mit dem Schlafzimmer da reingezogen. Aber es nervt uns alle ziemlich. Wir versuchen am Wochenende, wenn irgend möglich etwas zu unternehmen. Im Urlaub hatten wir meist einen Ferienplatz.

Babysitter? Ballettschule? Für uns waren das Fremdworte, für die meisten wird es das noch eine Weile bleiben. Das treibt im Moment so recht niemanden um. Zeit werden wir für unsere Kinder nun wohl bald mehr haben, wir werden sie auch brauchen. Wie die Kinderkrippen und Kindergärten in Zukunft gestaltet werden, wer weiß. Es wird wohl nicht mehr die Nachmittagsbeschäftigungen der Schule, der Jugendorganisationen und der Sportclubs zum Nulltarif geben. **Gaby Wok**

Morgens stehe ich um fünf Uhr auf. Die beiden Ältesten sind relativ schnell geweckt, wenn ich unseren Jüngsten wecke, dann tut es mir immer in der Seele weh, er schläft so tief. Es hilft aber nichts, schlaftrunken sitzen wir alle einen Moment am Frühstückstisch. Dann steht auch mein Mann auf. Wenn er aus dem Bad kommt, ist der Kaffee schon leicht gekühlt, aber das mag er so. Dann müssen wir auch schon los. Die Großen gehen in den Frühhort, die Schule fängt erst um 7.15 Uhr an. Florian jammert die ganze Zeit, er will nicht in den Kindergarten.

So geht das jeden Tag. Abends spult die Platte zurück. Nur dann muß der Kleine noch mit in die Kaufhalle. Überall wird gedrän-

MECKLENBURGER AUFBRUCH

kennt keine Grenzen

Sehenswert — empfehlenswert

ZDF Donnerstag, 20.9.
22.10 Uhr

„Wir sind wieder wer“

„Wenn man einen Deutschen in den Urwald schickt, kommt er mit der Dampflok wieder raus. Pflichtbewußtsein, Disziplin und Arbeitseifer gehören zu den besten Eigenschaften der Deutschen.“ Er hält viel von den Deutschen, der junge Verwaltungsbeamte, den die „Doppelpunkt“-Redaktion als Vorbereitung auf eine Live-Diskussion zum Thema „Deutsches Nationalgefühl“ interviewte.

„Wir sind wieder wer“, lautet der Titel des Live-Gesprächs. Doch wer ist „wir“ und was heißt es, wieder wer zu sein? Wenn wir jetzt wieder wer sind, waren wir dann vielleicht früher schon einmal etwas besonderes gewesen? Vielleicht zu Zeiten des Nationalsozialismus? Im Ausland jedenfalls denken viele an die Jahre des NS-

Reichs, wenn sie das wieder erstarkte Deutschland aus der Ferne betrachten. Andere haben keine Angst vor einem neuen deutschen Nationalismus, fürchten aber ein wirtschaftlich starkes Deutschland, das politisch bestimmt, wo es in Europa langgeht.

Und die Deutschen? Sehen sie einen neuen Nationalismus und eine wirtschaftliche Dominanz einer geeinten Republik in der Mitte Europas? Oder sind „Wir sind ein Volk-Rufe“ und Fahnenstrenkenereien, zum Beispiel bei der Fußballweltmeisterschaft, nichts anderes als die Rückkehr zu einem „normalen“ nationalen Selbstbewußtsein. Im „Doppelpunkt“ diskutieren live junge Deutsche und Ausländer über diese Fragen.



Mensch und Schatten: Februar 1945 — die Rote Armee hat die Grenzen zu Ungarn überschritten, dessen Soldaten noch als Verbündete der deutschen Wehrmacht auf verlorenem Posten kämpften. Juden und andere politische Opfer des Regimes werden aus dem Lager zur sinnlosen Arbeit an Panzersperregräben getrieben, unter ihnen Vater und Sohn aus der jüdischen Bevölkerung einer ungarischen Kleinstadt. Der Sohn hat das Glück, einem kleinen Sonderkommando anzugehören, das in einem Dorf beim Packen von Fluchtgepäck helfen soll. Er kann fliehen. „Mensch und Schatten“. Donnerstag, 20.9., ZDF, 23.10 Uhr.

Foto: ZDF

N 3
Sonntag, 23.9.
21.15 Uhr

Stalinismus im SED-Staat

Nach der Gründung der DDR im Jahr 1949 verwirklichte Walter Ulbricht konsequent seine Vorstellungen von einem Arbeiter- und Bauernstaat nach sowjetischem Vorbild. Er glaubte trotz ungünstiger Startbedingungen, durch den Aufbau der Schwerindustrie die Wirtschaft in der Bundesrepublik einholen und überholen zu können. Doch die Lebensverhältnisse in der DDR blieben schlecht, auch wenn die Arbeiter zunächst mit Elan darangingen, die Kriegsfolgen zu beseitigen. Als Ulbrichts Pläne zu scheitern drohten, setzte er die Normenerhöhungen durch, deren Folge der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 war. Die SED, überall in Betrieben und Schulen präsent, hatte schon damals in ihrem Bemühen versagt, die Massen von der neuen Ideologie zu überzeugen. Sie war zur Kontrollinstitution geworden. Sogenannte Staatsfeinde wurden weit verfolgt, inhaftiert, verurteilt und eingekerkert. Mit der Einrichtung einer Fünf-Kilometer-Sperrzone an der Grenze erfolgte die Zwangsevakuierung Tausender Familien ins Innere des Landes. Familien, die sich zur Kirche bekannten, waren Repressalien ausgesetzt, Schülern wurden Abitur und Studienplätze verweigert.

ZDF
Montag, 24.9.
22.10 Uhr

Run auf die Bilder

Das Publikum bedient sich der Kunst hemmungslos, geradezu mit entfesselter Lust am Sehen. Und warum sollte die Kunst auch ein Privileg, ein exklusives Reservat für wenige sein? Knallig präsentiert sich der Musentempel von einst neben Fernsehen, Kino und Konzert als Freizeitattraktion. Das Museum ist Disneyland und magischer Wallfahrtsort zugleich geworden. Die Menschen ziehen an der Kunst, und die Bilder, ortlosen Nomaden gleich, an den Menschen vorbei. Kann da ein großes Kunstwerk noch wirklich erlebt werden?

Der Filmbeitrag folgt bewußt den ausgetretenen Reisepfaden der Kunst: in deutsche Großstädte, nach Amsterdam und Paris. Er zeigt Widersprüche, sucht Einblicke, beobachtet und fragt: Ist unsere Lust auf Kunst, ist unser Umgang mit Kunstwerken heute wirklich so frei, selbstbestimmend und demokratisch wie man glaubt?

N 3 Donnerstag, 20.9.
21.10 Uhr

Nichts als Ärger

Lauren Ames träumt von einer großen Karriere als Schauspieler. Den letzten Schliff dafür will sie sich in einem Workshop bei dem berühmten Stanilaw Korzenowski holen. Dort läßt sich auch Sandy Brozinsky in die hohe Kunst der Menschendarstellung einführen, obwohl sie nicht einmal weiß, wer Shakespeare, geschweige denn Hamlet ist.

Lauren und Sandy verbindet wenig miteinander, ausgenommen Michael

Sanders. Ihn teilen sie sich ahnungslos als Liebhaber, bis der Don Juan mit den treuen Hundeaugen angeblich einem Sprengstoffanschlag zum Opfer fällt. Im Leichenschauhaus stellen Lauren und Sandy jedoch fest, daß der Tote unmöglich Michael sein kann, entdecken aber zugleich, daß sie Rivalinnen sind. Darüber geraten sie sich zunächst einmal heftig in die Haare, schließen dann jedoch Burgfrieden, um gemeinsam nach dem Verschwundenen zu suchen.

ARD Freitag, 21.9.
23.50 Uhr

Die Herzensbrecher

Arthur Blue bewegt sich als Maler immer hart am Rande des finanziellen Ruins. Als ihm auch noch die Freundin wegläuft, ist sein Kumpel Eli fast sein einziger Halt. Ausgerechnet ihm kommt Arthur bei der attraktiven Liliane ins Gehege. Bobby Roths amüsanter Männerfilm erzählt die Geschichte zweier Freunde in den Dreißigern, die ihre Probleme mit den Frauen, dem Abschied von der Jugend und nicht zuletzt mit sich selber

haben.

Regisseur Boty Roth bekannte freimütig, in dieser Geschichte einer Männerfreundschaft in Los Angeles auf eigene Erfahrungen zurückgegriffen zu haben. Sein Film ist ein komödiantischer psychologischer Striptease, den seine „Herzensbrecher“ unfreiwillig mit sich vollziehen lassen und wurde von der Kritik unter anderem als amüsant und se witzig und intelligent gelobt.

ARD

Montag, 24.9.
21.30 Uhr

Terror am Grab

Die Stadt Hebron in Judäa, wo Abraham, Sara und Isaak begraben sind, könnte ein Ort der Eintracht zwischen Juden und Moslems im Heiligen Land sein, denn beide verehren Abraham als Stammvater. Seit dem arabischen Massaker an der jüdischen Gemeinde im Jahr 1929 kommt es jedoch über dem Grab des Patriarchen zu Terror und Gegenterror. Heute, nach zwei Jahren Intifada, ist Hebron ein Zentrum des palästinensischen Widerstandes und der Militanz jüdischer Siedler.



Schlösser und Parks in Mecklenburg zeigten ARD und ZDF im gemeinsamen Vormittagsprogramm am Sonnabend, 22.9. ab 9.03 Uhr in der Sendung „Als unser Herrgott die Welt erschuf, fing er bei Mecklenburg an...“

N 3
Montag, 24.9.
23.15 Uhr

Nichteheliche Kinder

Kam vor 20 Jahren ein nichteheliches Kind auf die Welt, dann hatte der Vater in der Regel das Weite gesucht und sich „der Verantwortung entzogen“, wie man damals zu sagen pflegte. Es war daher nur konsequent, wenn der Gesetzgeber der Mutter das Sorgerecht ohne jede Einschränkung einräumte und dem Vater die Unterhaltspflicht auflegte, — hatte er doch durch die Verweigerung der Heirat bewiesen, daß er mit der Mutter und seinem Kind nichts zu tun haben wollte (daß Mütter im Falle eines unerwünschten Nachwuchses die Heirat verweigerten, konnte vom Gesetz als vernachlässigenswerte Ausnahme angesehen werden).

Nun soll nicht bestritten werden, daß auch heute noch viele Väter von ihrem nichtehelichen Kind nichts wissen wollen und die Mütter sitzen lassen.

N 3 Sonnabend, 22.9.
17.45 Uhr

Jimi Hendrix und Janis Joplin

Kurz hintereinander starben im Jahre 1970 zwei Große der Rockmusik. Der eine erstikte im Haschisch-Rausch, die andere wurde mit einer Überdosis Heroin in einem Hotelzimmer gefunden.

Obwohl beide nie zusammen musiziert hatten, werden sie durch ihr ähnliches Schicksal oft in einem Atemzug genannt, zumal beide auch im selben Jahr 1966 entdeckt worden waren und beide sehr exzentrisch lebten.

Jimi Hendrix kam aus Nashville, dem Mekka des Folk, und fand als Git-

tarrist und Sänger zu einem virtuos-exzentrischen Rock.

Janis Joplin, früh vom „schwarzen Blues“ angezogen, galt als eine der ausdrucksstärksten und stimmigsten weißen Interpretinnen des Blues.



Vor ihrer „Weihe“ stellen sich die Jugendlichen vor dem Schweriner Schloß zu einem Gruppenfoto auf.

N 3
Dienstag, 25.9.
23.25 Uhr

Erblast Jugendweihe

Die Jugendweihe, einst von Walter Ulbricht als feierliches Gelöbnis auf den Sozialismus und den DDR-Staat eingeführt, war lange Anlaß heftiger Auseinandersetzungen zwischen Kirchen und Staat. Dennoch haben fast alle Jugendlichen an ihr teilgenommen — und sei es wegen der fälligen Geschenke. Überraschenderweise sind auch heute nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems in der DDR die Anmeldungen im Vergleich zum Vorjahr kaum zurückgegangen.

Mittwoch, 19.9.

„Die Villa Hammerschmidt“, 17.45 Uhr, 3. Programm: Die Sendung behandelt die Aufgabe und die politische Funktion des Bundespräsidenten zunächst am Beispiel Richard von Weizsäckers, der am 24.5.1989 zum zweiten Mal mit großer Mehrheit gewählt wurde. Erörtert wird das Verhältnis von politischer und moralischer Macht, die der Bundespräsident hat. Der Film blendet zurück zum ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss und dessen damaligen Amtssitz, dem ehemaligen Reichseisenbahner-Erholungsheim Viktorshöhe. Erläutert wird ferner das Einspruchsrecht des Bundespräsidenten.

„Norddeutsche Profile“, 22.45 Uhr, 3. Programm: Tyl Necker, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und Unternehmer in Bad Oldesloe, ist zu Gast bei Karin Seifert und Dieter Bub in der Sendung „Norddeutsche Profile“. Necker, seit dem 1. Januar 1987 an der Spitze des BDI, befreundet mit dem BDA-Präsidenten Klaus Murmann, zählt zu den Kritikern „beschäftigungshemmender“ Unternehmensbesteuerung.

„Kontur“, 22.35 Uhr, DFF 1, Geplant sind folgende Themen: — Die Dramen eines Präsidenten, Vaclav Havel — Tage in Erfurt, — Comicfiguren wollen Kino erobern, Filmtip: „Dick Tracy“ (USA), — Aufbau, Morgen, Volk und Welt, Was wird aus den DDR-Verlagen?, — Profi als Politiker, Dilettant als Künstler, Friedrich II. als Maler

Donnerstag, 20.9.:

„Veto“, 20.15 Uhr, ARD: Schlagzeilen über Skandale in Seniorenheimen gab es in letzter Zeit häufig: Heimbewohner wurden geschlagen, ans Bett gefesselt, unter Medikamenten gesetzt oder hilflos allein gelassen. Die Probleme werden sich in nächster Zeit eher verschärfen. Immer mehr Senioren schieben den Schritt ins Altenheim bis ins hohe Alter hinaus und sind dann um so pflegebedürftiger, gleichzeitig fehlen Altenpfleger. Betroffene diskutieren mit den zuständigen Politikern.

Sonntag, 23.9.

„Deutschland zwischen gestern und heute“, 15.30 Uhr, 3. Programm: Zu den bedeutendsten deutschen Dokumentarfilm-Regisseuren der Vor-Hitlerzeit gehörte Wilfried Basse. Der gebürtige Hannoveraner hatte sich nach seinem Architektur-Studium der Filmarbeit zugewandt. Zwei Jahre lernte er beim Kulturfilm-Regisseur Hans Cüris in Berlin, 1929 begann Basse mit der Produktion eigener Filme. Den ersten Erfolg erzielte er mit dem Kurzfilm „Wochenmarkt auf dem Wittenbergplatz“. Seinen Film „Deutschland zwischen gestern und heute“ drehte er zwischen 1931 und 1933.

„Heimsuchung“, 20 hr, DFF 1: Eine Lehrerin zwischen Idealen und gesellschaftlichen Realitäten. Gegenwartsfilm des DFF von Edgar Kaufmann (Buch und Regie). Hauptrolle für Renate Geißler.

Montag, 24.9.

„Wilde Jahre in Paris“, 23 Uhr, ARD: Der junge amerikanische Maler Nick Hart ist wie viele seiner intellektuellen Landsleute fasziniert vom Leben der Pariser Bohème. Als er sich von einer reichen Kunstsammlerin überreden läßt, für zweifelhaft Zwecke Kopien von Meisterwerken zeitgenössischer Künstler herzustellen, hat das überraschende Folgen. Alan Rudolphs schillerndes Zeitbild aus dem Paris der zwanziger Jahre mit Keith Carradine, Geraldine Chaplin und Linda Fiorentino in den Hauptrollen läuft im „Nacht-Studio“ in deutscher Erstaufführung.

Donnerstag, 20.9.

„Rettung für Zarentin“, 18.30 Uhr, 3. Programm: Bericht über eine Initiative von Bürgern aus Ost und West, die die Zarentiner Kirche sanieren und restaurieren wollen.

Forum

Über das Ende einer großen Sportnation Mietwucher: Die spinnen wirklich!

In den vergangenen Wochen ist darüber diskutiert worden, ob sich der Aufwand gelohnt hat, mit dem unsere Athleten zu Sportgroßereignissen vorbereitet wurden — und das nur, um die Ehre des sozialistischen Vaterlandes zu stärken, sowie die Überlegenheit des Sozialismus in den Sportarten zu dokumentieren.

Doch wer sich anmaßt die Leistungen unserer Sportler zu verunlimpfen, bzw. sie als Kollaborateure der alten SED-Regierungen bezeichnet, sollte nicht vergessen, daß es gerade die Erfolge unserer Sportler waren, die unseren Bürgern jenen Stolz vermittelten, der ihnen im grauen Alltag angesichts desolater Verhältnisse in Wirtschaft und Politik fehlte. ... Und gerade jetzt, da der unnatürliche Zustand der Teilung eines Volkes beendet wird, — gerade jetzt, da die Vernunft endgültig über Grenzen und Mauern in Europa siegt, ist es nun nicht positiv, ja notwendig bzw. genutzend, daß wir, die

„Noch-DDR“-Bürger diesen wertvollen Schatz in die deutsche Einheit einbringen können! Namen, wie Katrin Krabbe und Torsten Krentz, Jürgen Schult, Michael Hübner, Matthias Sammer, Grit Breuer sowie Heike Drechsler, u.v.a. mehr, sorgten in den vergangenen Wochen für die Sportschlagzeilen und ließen nicht nur die Deutschen-West, sondern wieder die gesamte Welt auf uns blicken. Ist es dann nicht ein wunderbares Gefühl zu wissen, daß auch in Deutschland-Ost die Menschen in der Lage sind, hervorragendes zu leisten und Weltspitzenwerte zu erzielen. Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang an die Aussagen des IAAF-Präsidenten Dr. Primo Nebiolo zum letzten Auftritt einer DDR-Nationalmannschaft bei den EM in Split und bezüglich der großen Erfolge unserer Sportler dort: „Das ist ein großer Beitrag für die Entwicklung der Leichtathletik in der Welt, die nun von ihren Erfahrungen profitieren muß.

Andere sollten lernen, mit welcher Perfektion die DDR-Leichtathleten (Und sicher nicht nur unsere Leichtathleten!) ihre Möglichkeiten ausschöpften. Niemand kann diese Erfolge je vergessen. Ich persönlich ganz bestimmt nicht. Ich bin noch immer beeindruckt davon, wie ein Land mit 16 Millionen Einwohnern der gesamten Welt vormachte, wie die Erfolge im Sport erarbeitet werden.“

Ich bin überzeugt, dieses sind Worte, die Kritiker des DDR-Sportes gründlichst durchdenken sollten, denn unsere Sportler haben Besseres verdient, als böse Nachrede und Schelte! Diesen sogenannten „Kritikern“ würde ich ohnehin die Frage nach ihrer Haltung und ihrer Tätigkeit in den vergangenen 40 Jahren stellen, denn die, welche heute die Problematik des Sinns oder der Sinnlosigkeit unserer Sportförderung aufwerfen, waren gestern deren euphorische Befürworter. Es ist diesen Leuten zu empfehlen, daß endlich Sachlichkeit in

ihren Meldungen zum DDR-Sport eintritt sowie endlich anerkennen, daß wir, das Weltniveau auf dem Gebiet des Sportes entscheidend mitbestimmen bzw. mitbestimmen!

Marko Michels

Liebe Leser,

das Forum des MA soll allen Lesern die Möglichkeit bieten, sich zu den Artikeln in dieser Zeitung zu äußern und sich zu aktuellen Ereignissen zu Wort zu melden. Die Redaktion behält sich vor, die Zuschriften gegebenenfalls zu kürzen. Bitte geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse an. Anonyme Leserbriefe können wir nicht veröffentlichen. Auf Wunsch sind wir jedoch bereit, auf die Namensnennung zu verzichten. Wir veröffentlichen im Rahmen des Forum auch Texte, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

Ihr Artikel „Die spinnen, die DDRler“ trifft den Nagel auf den Kopf. Wir, eine Grafik-Design-Firma, hatten versucht, ein altes urgewachsenes, erhaltungswürdiges Gehöft zu kaufen, um dort einen Reitbetrieb für Freizeitreiter zu eröffnen.

Unser Gedanke war, in Mecklenburg, dem Land unserer Urgroßeltern, wieder Fuß zu fassen und beim Aufbau des Landes zu helfen.

Doch uns wurden entweder „Bruchbuden“ angeboten, unbewohnbar auch mit sparsamsten Mitteln, oder einigermaßen Gebäude zum Preis von 750.000 DM. Wobei zu bemerken ist, daß der Standard in keinem Falle dem entspricht, was in der Bundesrepublik für 750.000 DM zu bekommen ist, ganz abgesehen von der Infrastruktur des Landes. Da bleibt man doch lieber im Westen und läßt sich die Sonne auf den Bauch scheinen und genießt die Früchte harter Arbeit. Andererseits kann man die Leute „drüben“ auch verstehen. Die rechnen nur 1:1, von 750.000,- Mark-

Ost auf 750.000 DM-West um. Natürlich unabhängig des Leistungsstandards und der Qualität des angebotenen Objekts. Nur, warum wird der „Trabbi“ nicht auch 1:1 gehandelt. Von 10.000,- Mark-Ost auf 10.000,- DM-West? Schließlich ist das Auto nicht schlechter als die angebotenen Häuser oder Wohnungen!

Aber hier hat anscheinend die Wende sehr schnell stattgefunden, beim Auto und anderen Konsumprodukten. Nichts aus der DDR ist den DDRlern mehr gut genug. Nur ihre „maroden“ und „abrißträchtigen“ Gebäude wollen sie weit über Preis verkaufen. Wo bleibt da das Verhältnis?

Die DDRler spinnen wirklich! Und wer spinnt hat auch Zeit und daher wird es nochmals 40 Jahre dauern, bis dort der Weststandard erreicht ist.

P.S.: Wenn die DDRler nicht mehr spinnen, werden wir nochmals einen Anlauf wagen und in Ihrer Zeitung per Anzeige nach einem geeigneten Objekt Ausschau halten.

Eva-M. Hoppe, Kakenstorf

Geschichtsunterricht macht wieder Spaß

Montag, 3.9. Geschichte 9 R und 10 R. Fakt: noch keine Bücher für die 10. Klasse, lediglich Klasse 9 hat das Buch „Entdecken und Verstehen“ vom Cornelsen Verlag, Frankfurt am Main. Ein denkwürdiger Tag für mich: Nach 20 Jahren darf ich das erste Mal eine 10. Klasse in Geschichte unterrichten. Es ist unglaublich, aber wahr. Als Christ hatte ich schon im Studium mit meinen acht Jahre jüngeren Kommilitonen heftige Debatten führen müssen: „Du als Christ kannst doch nicht Geschichtslehrer werden. Wenn Du eine marxistische Weltanschauung lehren sollst und nicht dahinter stehst, bist Du ein Heuchler vor den Schülern!“ So „gut“ war diese Generation schon

„erzogen“ worden. So hatte ich jahrelang immer nur 5.-7. Klasse unterrichtet, war letzten Endes nicht böse, denn bis zu diesen Klassenstufen war Geschichte noch Geschichte. Ab Klasse 9 war es ohnehin eine Parteilinie- und Staatsbürgerkunde-Stunde. Um ein Viertel war die 9R geschrumpft. Viele Eltern hatten die Möglichkeit genutzt, ihre Kinder ab 9. Klasse in die Leistungsklassen zu schicken oder bei schlechten Leistungen und Lernunwillen, die Schüler abgehen zu lassen.

„Deutschland und Europa um 1919“ — das war unsere 1. Stunde. In der 2. Stunde: USA — wachsende Ausstrahlungskraft in den Zwanziger Jahren. Was wußte ich

von den USA? Recht wenig, stellte ich fest und begann zu „kurbeln“. Fangen wir an mit der geographischen, wirtschaftlichen, ökologischen und Bevölkerungssituation. Es macht wieder Spaß, Geschichte zu lehren. Gute Fragen und gutes Quellenmaterial bietet das Geschichtsbuch. Nur eines ist ausgeklammert — die Geschichte der ost- und südosteuropäischen Staaten (die ehemalige Volksdemokratien).

Jeden Tag neue Aufregung. Der Stundenplan wird täglich geändert. Erste Meldungen über Kündigung von Kollegen im Vorruhestand. Mein Kollege, der vier Jahre seinen Platz neben meinem im Leh-

rerzimmer hatte, ist verschwunden. Er ist stellvertretender Stadtschulrat von Neubrandenburg geworden. Ein weiterer Kollege, der unsere „Zeigstock“-Schülerzeitung ins Leben rief, ist Direktor an einer anderen Schule geworden.

Auch ich hatte den Antrag gestellt, in der Abistufe unterrichten zu dürfen. Ohne Begründung wurde er abgelehnt. Die harte Marktwirtschaft zeigt es: Die Männer haben die besseren Ellenbogen. Andererseits: die Arbeit an der „Basis“ macht ja auch Freude, wenn sie auch sehr hart ist. Ein neuer Direktor leitet uns. Warten's wir ab. Arbeiten wir, das vertreibt die Ängste und dummen Gedanken.

Ingeborg Templin

Restaurant-Kritik eine gute Idee

Die Restaurant-Kritik im „Mecklenburger Aufbruch“ ist eine gute Hilfe. Bei Ausflügen durch ihre schöne Landschaft kann man sich gut ein geeignetes Gasthaus für das Mittag- oder Abendessen aussuchen.

Auf alle Fälle bleibt man von schlimmen Überraschungen verschont, auch wir bekamen schon ein völlig überbeuertes Essen von nur geringer Qualität. Preis und Leistung

standen in keinem Verhältnis. Vielleicht läßt sich Ihr Restaurant-Führer noch ausweiten. Tips über gute Kneipen oder auch gute Schnellimbisse sind sicher auch interessant. Denn auch gerade bei den Pommesbuden müßte die Spreu vom Weizen getrennt werden, was dort manchmal angeboten wird, läßt wirklich zu wünschen übrig.

B. Schulz, Hamburg



arcus GmbH
ENERGIE UND UMWELTECHNIK SCHWERIN

- Wir liefern und installieren Wasserzähler, Wärmezähler, Wärmemeßsysteme
- Wir fertigen, liefern und installieren Thermostatventile
- Wir liefern und montieren **WINDTURBINEN als alternative Energieerzeugung**
- Wir fertigen und liefern ab 1991 Druckluftschlämmer rückstoßarm und energiesparend als Neuheit auf dem Weltmarkt
- Wir liefern und führen für Sie aus umweltfreundliche Systeme der Dach- und Fußbodensanierung
- Wir liefern Dichtungen aller Art für die umweltfreundliche Sicherung Ihrer Maschinen und Anlagen

arcus Energie- und Umwelttechnik GmbH
2781 Schwerin/Süd, Schweriner Straße 30, Tel. 37 11 10

Suche nebenberufliche Arbeitskräfte, Versicherungsgeschäft, sowie Bausparen. Wolfgang Lüdtich, Friedrich Engelsstr. 75, 2500 Rostock.

Suche zur Dachreparatur gebrauchte, dünne Biberschwänze. Möglichst bald! Olaf Gitzbrecht, Postfach 334, 2621 Tarnow, Tarnow 210.

Gartenzaun, guß/schmiedeeis. H. ca. 1 m, L. 42 m, auch Tür mind. 80 J. Mögl. Foto, zu kaufen gesucht. Theodor Anthony Lerchenberg 22, 2112 Jesteburg, Tel. 04183/3132.

Peugeot 205 GRD, Erstzulassung 2/1988, metallic, 1. Hand, unfallfrei, 43.000 km, Sonnendach, Cassettenradio, DM 13.100,- VHS, Hartwig Bratek, Mühlenberg 27, D 2352 Brügge, Tel. 84322/3321.

Parchim-Ludwigslust, biete 2 R.-Whg., 1. OG, Fhgz., Kaufhaus 1 Minute, Suche Whg. in Ludwigslust. Detlev Dabelstein, O.-Grotewohl-Str. 09, 2850 Parchim.

Biete 2 1/2-R.-Whg. Südstadt mit Telefon. Suche 2 und 1 1/2 R.-Whg. Südstadt 4 Block oder Bahnhofsnähe, Christel Ruge, Kurt-Tucholsky-Str. 6, 2500 Rostock, Tel. 42208.



Hier geht's zum Abo — und das für nur 3,50 DM im Monat

Interessenten für den **MECKLENBURGER AUFBRUCH** wenden sich bitte an unsere Zentral-Redaktion in der Puschkinstraße 19, Schwerin 2750.

Ihre Wahl:

Ja, ich möchte den „Mecklenburger Aufbruch“ für 3,50 DM monatlich (einschließlich Zustellung) abonnieren. Die Abrechnung erfolgt vierteljährlich (10,50 DM). Das Abo kann bis 4 Wochen vor Quartalsende gekündigt werden, sonst verlängert es sich automatisch um 3 Monate.

Ja, ich möchte den „Mecklenburger Aufbruch“ unbedingt haben. Um Ihre Portokasse zu entlasten, wähle ich das Förderabo zum Preis von 20 DM (einschließlich Zustellung) für 3 Monate. Die Abrechnung erfolgt vierteljährlich. Das Abo kann bis 4 Wochen vor Quartalsende gekündigt werden, sonst verlängert es sich automatisch um 3 Monate.

Der „MA“ wird jede Woche ab _____ (Datum) pünktlich in meinem Briefkasten liegen.

Name, Vorname _____

Straße, Haus-Nr., Wohnungs-Nr., Zustellfach, Postfach _____

Ort _____ Postleitzahl _____

Datum _____ Unterschrift _____

Die Woche



Auf die Straße gingen in der vergangenen Woche die Zahnärzte in Mecklenburg/Vorpommern. Wie hier in Schwerin auf dem Marktplatz protestierten sie gegen die Honorarbeschnidung auf 43 Prozent der Westsätze. So könne man keine Praxis eröffnen, hieß es. Keine medizinische Versorgung 2. Klasse lautete das Hauptargument für höhere Bezahlung. Foto: Rainer Cordes

Suizid

„Nicht System Auslöser“

Schwerin (Imv). Jeden zweiten Tag in diesem Jahr hat sich im Bezirk Schwerin ein Mensch sein Leben genommen. Die Zahl der Selbsttötungen beläuft sich auf 132. Zu Vergleichszahlen des Vorjahres gäbe es keine Steigerung zu verzeichnen. Der Anteil, den man der gesellschaftlichen Umbruchsituation zuschreiben könnte, sei in zehn Prozent der Fälle naheliegend. „Die eigentlichen Ursachen für Selbsttötung“, so Dr. Winfried Wolf, amtierender Direktor des Schweriner Instituts für Gerichtsmedizin, „sind vor allem in der Persönlichkeitsstruktur zu suchen.“ Er wehre sich gegen Spekulationen, Suizidraten gesellschaftspolitisch erklären zu wollen. Unter anderem stützt sich der Gerichtsmediziner dabei auf Untersuchungen eines Kollegen zu Selbsttötungen in der Stadt Magdeburg. Über einen Zeitraum von 100 Jahren wiesen sie nur unwesentliche Veränderungen auf. Die Selbstmordrate der BRD liege um rund ein Drittel niedriger als im Osten Deutschlands.

In einer wissenschaftlichen Untersuchung von Selbsttötungsfällen im Raum Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1973 und 1983 (8.000 Fälle insgesamt) kommt Dr. Wolf eindeutig zu dem Schluß, daß Depressionen, Alkoholkrankheiten und Vereinsamung die Hauptmotive seien.

Einsatzgebiet der DGzRS wird erweitert

Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger übernimmt staatlichen Seenotrettungsdienst

Warnemünde. Wieviel es täglich in der Seenotleitung Bremen zutun gibt, kann natürlich niemand genau voraussagen. Daß jedoch die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) — für den maritimen Such- und Rettungsdienst zuständig — künftig mehr Einsätze als bisher wird koordinieren müssen, kann schon jetzt mit Sicherheit behauptet werden. Ihr Einsatzgebiet in der Ostsee wird nämlich erweitert. Der Grund: Der bisherige staatliche Seenotrettungsdienst der DDR wird nach der Vereinigung der beiden deutschen

Staaten in der DGzRS aufgehen. Die Einsatzleitung wird dann von der Seenotleitung Bremen übernommen, während in Warnemünde eine SAR-Wache (Search and Rescue) eingerichtet wird. Auf diese Regelung hatten sich die zuständigen Verkehrsminister bereits im Frühjahr 1990 geeinigt.

Anfang September hat eine gemeinsame Planungsgruppe der DGzRS und des DDR-Seenotrettungsdienstes den Bestand an Rettungsmitteln und -einrichtungen an der Ostsee überprüft. Entlassungen soll es nach

Angaben der eigenverantwortlich und unabhängig arbeitenden DGzRS nicht geben, „in Anerkennung des qualifizierten und engagierten Dienstes der angestellten und freiwilligen Rettungsmänner vor der Küste von Mecklenburg-Vorpommern“. Langfristig plant man, die technischen Voraussetzungen mit den zu erwartenden steigenden Anforderungen an den bundesdeutschen Standard anzugleichen. Ein Seenotkreuzer und drei Seenotrettungsboote aus DGzRS-Beständen sind bereits von Bremen in die DDR gegangen.

Trotz der wachsenden Aufgaben will die 1865 in Bremen gegründete Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger ihre Eigenverantwortlichkeit wahren, die sie durch Spendengelder und freiwillige Mitgliedsbeiträge finanziert. Momentan werden 36 Schiffe in Nord- und Ostsee unterhalten, die allein 1989 zu 2.243 Einsätzen ausfahren mußten. Dabei wurden 188 Menschen aus Seenot gerettet und weitere 1.659 Personen aus gefährlichen Situationen befreit. Schirmherr des Seenotrettungsdienstes ist traditionsgemäß der Bundespräsident.

Ausbildung

Schlechte Aussichten

Neubrandenburg (Imv). 836 Schulabgängern konnte bis Ende August im Arbeitsbezirk Neubrandenburg kein Ausbildungsplatz vermittelt werden. Das teilte Gerd Warke, Abteilungsleiter Berufsberatung im Arbeitsamt, mit. Zudem seien dem Arbeitsamt 710 Kündigungen von Lehrverträgen bekannt geworden, darunter von 477, die am 1. September beginnen sollten. 284 Mädchen und Jungen habe man wieder in ein Ausbildungsverhältnis vermitteln können. Unter ihnen seien 22 Behinderte. Zwei Schwerstbehinderte können eine spezielle Berufsausbildung in Westberlin beginnen.

Prozeßflut

Gerichte überlastet

Neubrandenburg (Imv). Mit einem gegenüber dem Vorjahr erheblich größeren Arbeitsanfall sehen sich gegenwärtig die Kreisgerichte im Bezirk Neubrandenburg konfrontiert. Allein die Zahl der zu verhandelnden Arbeitsrechtskonflikte stieg gegenüber 1989 auf über das 4,2-fache, Zivilrechtsstreitigkeiten, darunter komplizierte Grundstücksverfahren, nahmen um etwa ein Viertel zu. Hinzu kommen bei einigen Gerichten völlig neue Arbeitsgebiete, wie die Führung von Handels- und Vereinsregistern, die erweiterte Zuständigkeit bei der Überprüfung von Verwaltungsverfahren oder Streitigkeiten in Sozialsachen.

Schönberg

Gutachten übergeben

Lübeck (Imv). Eine Kopie des lange Zeit geheimgehaltenen Gutachtens der DDR über die Sicherheit der Sondermüll-Deponie Schönberg ging jetzt beim Lübecker Rechtsamt ein. Das teilt das Presse- und Informationsamt der Hansestadt mit. Innenministerin Dagmar Pohl-Laukamp und Umweltsenator Norbert Rechtsamt beauftragten sofort den schon mehrfach für Lübeck als Schönberg-Gutachter tätigen Hydrogeologen Dr. Klaus Gronemeier. Das von Geologen etwa 1987/88 erstellte Gutachten trägt den Titel „Fachliche Stellungnahme zur hydrogeologischen Situation im Umfeld der Deponie Schönberg“.

Arbeitsmarkt

Schwerin liegt über dem Schnitt

Die mangelnde Absatzlage in vielen Betrieben im Bereich des Arbeitsamtes Rostock hat im Monat August zu einem Ansteigen der Arbeitslosenzahlen geführt. Zum Ende des Monats wuchs die Arbeitslosenzahl auf 15.060. Die Quote stieg auf 5,1 Prozent im Amtsbereich. In Rostock betrug sie 5,0 Prozent, in Ribnitz-Damgarten 5,9 Prozent und in Bützow sogar 8,1 Prozent. Die niedrigste Quote hat der Nebenstellenbereich Güstrow mit 3 Prozent. Der Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit liegt bei 47,7 Prozent.

Eine gleichbleibend starke Zunahme der Arbeitslosenzahlen mußte das Schweriner Arbeitsamt registrieren. Das teilte Direktor Horst Pingel mit. Im Bereich seines Arbeitsamtes wurden im vergangenen Monat 5.736 Arbeitssuchende neu gemeldet. Damit stieg die Zahl der Erwerbslosen auf insgesamt 18.213. Mit einer Arbeitslosenquote von 5,63 Prozent liegt der Bezirk deutlich über dem DDR-Durchschnitt von 4,1 Prozent. Ein Absinken des Zuwachses an Arbeitslosen ist nach Ansicht des Arbeitsamtes nicht absehbar.

15.808 Menschen sind beim Arbeitsamt Neubrandenburg als arbeitslos registriert. Zum Arbeitsamtbezirk gehört der bisherige Bezirk Neubrandenburg mit Ausnahme des Kreises Teterow. Die Arbeitslosenquote beträgt 5,26 Prozent. In den Kreisen Waren, Ueckermünde und Strasburg ist sie mit 6 bis 7 Prozent überdurchschnittlich hoch. Im August kamen 3.657 Arbeitslose hinzu. Den geringeren Anstieg im Vergleich zum Vormonat sieht die Arbeitsamtsdirektorin Monika Babatz keinesfalls als Beruhigung an, da vielen Arbeitnehmern erst zu Quartalsende gekündigt würde. Mit 7.013 sind 44,4 Prozent der Arbeitslosen Frauen. 3.423 Jugendliche unter 25 Jahren haben keine Arbeit. Offene Stellen gibt es noch 158.

Stark zugenommen hat im Arbeitsamt die Zahl der Kurzarbeiter. Sie beträgt rund 60.000. Etwa die Hälfte von ihnen arbeitet null Stunden. Insgesamt sind 22 Prozent der Arbeitnehmer im Bereich des Neubrandenburger Arbeitsamtes von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen.

Hansekontor

Rostock. Die alte Hansebeziehung von Bremen über Rostock nach Danzig soll wieder aufleben: Anfang Oktober wird Bürgermeister Klaus Wedemeier in Rostock das „Hansekontor Bremen-Rostock“ eröffnen. Leiter des Büros wird der Bremer Wolfgang Klatt, der damit nach 19 Jahren Mitgliedschaft in der Bürgerschaft sein Abgeordnetenmandat niederlegt.

Das Hansekontor Bremen-Rostock soll die Herstellung von Wirtschaftskontakten fördern und die Zusammenarbeit der beiden Hansestädte koordinieren.

Offener Brief

Schwerin. Erfüllt von tiefer Sorge um die zukünftige Versorgung der Patienten im ambulanten Gesundheitswesen wendet sich die Praxisgemeinschaft Ärztehaus Schelfstadt in einem Offenen Brief an den Bundesminister Norbert Blum. „Der jetzige Zustand ist nicht mehr zu verantworten. Die immer wiederkehrenden Fragen unserer Patienten „Wer behandelt uns ab Januar?“ können wir nicht beantworten. Das Arbeitsklima wird in dieser Ungewißheit für alle Beteiligten unerträglich. Wir mahnen deshalb eindringlich an, im raschen Tempo klare, an den tatsächlichen Gegebenheiten orientierte Entscheidungen zu fällen.“

Berufsausbildung

Neubrandenburg. BMW ist bereit, Auskünfte über Ausbildungsberufe in der Automobilindustrie zu geben, die Bayer AG informiert über Möglichkeiten der Ausbildung in der chemischen Industrie und die AEG hat das gleiche für den Bereich der Elektroindustrie vor. Das geht aus einer Dokumentation hervor, die in der Industrie- und Handelskammer (IHK) Neubrandenburg, Katharinenstraße 48, vorliegt. Das Material enthält eine Vielzahl von Firmen mit genauer Anschrift, die sich bereit erklärt haben, mit Informationen und eventuell Ausbildungsmitteln zur Berufsausbildung Hilfestellung zu geben.

Umschulung

Neubrandenburg. Qualifizierungs- und Umschulungsangebote für Berufssoldaten, die demnächst aus der NVA entlassen werden, will die Handwerkskammer Neubrandenburg fördern. Frank Benischke vom Verband der Berufssoldaten und Günter Wiegert, amtierender Geschäftsführer der Handwerkskammer, seien sich darüber einig, daß, wie es in einer Pressemitteilung der CDU-Kreisgeschäftsstelle Neubrandenburg heißt, Umschulungsmaßnahmen zur Qualifizierung zum Handwerksmeister bzw. -gesellen helfen könnten, die aktuellen Probleme beider Bereiche zu lindern.

Qualifizierung

Magdeburg. Baubetriebswirtschaft und Baurecht sind Themen eines Lehrgangs für Bauingenieure und Architekten, die die Technische Universität „Otto von Guericke“ Magdeburg ab Oktober anbietet. Er wird veranstaltet von der im Juli 1990 gegründeten Gesellschaft zur Förderung der Bauingenieur-fakultät an der TU.

Namhafte Wissenschaftler und Bauprojektanten aus der Praxis und von Universitäten der Bundesrepublik werden mit als Dozenten in jeweils vier Wochenstunden innerhalb von zwei Semestern zu Recht, Betriebswirtschaft sowie Organisation und Leitung im Baubetrieb vermitteln. Der Lehrgang ist auf Bedingungen der bundesdeutschen Bauwirtschaft ausgerichtet.

Auf Wahlkampf tour

„Besonnene Menschen“

Rostock. Die landschaftliche Attraktivität von Mecklenburg-Vorpommern, seine weitgehend intakten Umweltbedingungen und nicht zuletzt die Besonnenheit und Kontinuität der Menschen sind die Aktivposten für die künftige Entwicklung des Landes zwischen Ostseeküste und Mecklenburger Seeplatte. Darauf verwies die CDU-Politiker Staatssekretär Dr. Günther Krause und Dr. Alfred Gomolka, Spitzenkandidat seiner Partei für die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern. „Das Interesse an Industrieansiedlungen in einer intakten Umwelt ist so groß, so daß wir hier — ähnlich vielleicht wie Bayern — ein gewichtiges Plus besitzen“, betonte Krause. „Jetzt kommt es darauf an, punktuell Großunternehmen anzusiedeln, die in die Landschaft passen und dann wie Schiffe wirken, in deren Fahrwasser eine Vielzahl kleiner Unternehmen folgen wird.“ Der Staatssekretär informierte in dem Zusammenhang über Gespräche mit dem Automobilkonzern VW zur geplanten Entwicklung eines umweltfreundlichen Motors. In

diese Arbeiten, die auf die Verwendung des nachwachsenden Rohstoffes Rapsöl als Energiequelle hinauslaufen, sollten auch Wissenschaftseinrichtungen in Rostock und Wismar einbezogen werden, regte Krause an.

„Naturschützer“

Waren. „Mecklenburg-Vorpommern ist ein schönes Land. Wir wollen es pflegen. Wälder und Seen, Küsten und Heide, auch die herrlichen Alleen sollen erhalten werden.“ Mit diesem Bekenntnis zum Naturschutz leitete Dr. Klaus Klingner, SPD-Ministerpräsidentenkandidat für Mecklenburg-Vorpommern, in Waren/Müritz eine Diskussion mit Umweltschützern ein. Klingner führte weiter aus: „Wir wollen unsere Bodenschätze vor Raubbau schützen. Die optimale Nutzung der mineralischen Rohstoffe muß durch geologische Erkundung sowie Kontrolle der Vorräte urban gemacht oder in Rückzugsgebiete für Flora und Fauna umgewandelt werden. Eine geordnete Abfallwirtschaft ist gerade angesichts der Flut neue Produkte mit ihren aufwendigen Verpackungen unverzichtbar.“

Als weitere Ziele der SPD nannte

te Klingner, die als schützenswert erkannte Landschaftsteile zu sichern und eine artenreiche Natur zu erhalten.

„Zweistelliges Ergebnis“

Neubrandenburg. Die F.D.P. strebt bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern ein zweistelliges Ergebnis an. Der stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Karl-Heinz Zöllner nannte in Neubrandenburg „zehn Prozent das Kampfziel“ seiner Partei. Notwendig sei dafür jedoch, den Wählern die Bedeutung der Liberalen als „Bindeglied“ zwischen Sozialdemokraten und Konservativen zu verdeutlichen. Hoffnungsvoll stimme, daß die Liberalen nach den Volkskammerwahlen, „wo wir nicht die glücklichste Hand hatten“, bereits bei den Kommunalwahlen besser abschnitten. Im Bezirk Neubrandenburg, so Zöllner, „erreichte die Partei immerhin das zweitbeste Ergebnis aller DDR-Bezirke.“

Eine Koalitionsaussage wollte der Vizevorsitzende der Liberalen von Mecklenburg-Vorpommern zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeben. Über Koalitionen werde

die F.D.P. reden, „wenn die Zeit dafür da ist.“

„Hilfe bei Umstellung“

Demen. Umstellungshilfen für Menschen, Standorte und Betriebe nach Abbau der NVA in Mecklenburg-Vorpommern kündigte Dr. Klaus Klingner, Ministerpräsidentenkandidat der SPD, in Demen, Kreis Parchim, an. Im Gespräch mit NVA-Angehörigen stellte er dort die Grundzüge dieses „Konversionsprogramms“ vor.

Das „Konversions-Programm“ der SPD besteht aus drei Teilen:

1. Umschulungsangebote für Berufssoldaten.

2. — Sicherung von bisher militärisch genutzten Flächen und Anlagen für Gewerbeansiedlung und zivilen Verkehr (z.B. Flugverkehr). Dazu ist ein Mitspracherecht des Landes im Einigungsvertrag durchgesetzt. Standorte nur für eventuelle zukünftige Pläne der Bundeswehr einzumotten, ist unzumutbar.

— Unterstützung der Standorte bei der Gewerbeansiedlung.

Lug ins Land



Stimmung am Bodstedter Strand.



Zeesenboote im kleinen Hafen von Bodstedt.

Bodstedt

Dem ortskundigen Besucher kann es leicht passieren, daß er nach der Durchfahrt durch Fuhlendorf das Dorf Bodstedt gegenüber dem Darß übersieht, steht doch das Bodstedter Ortsschild — von dieser Seite aus gesehen — gewissermaßen zwischen zwei Gartenzäunen. Verwaltungsmäßig gehört Bodstedt zu Fuhlendorf, ebenso wie das kleine, abseits gelegene Michaelsdorf. Fuhlendorf wird bereits 1278 in einer Urkunde der rügenschen Fürsten erwähnt; aller Wahrscheinlichkeit nach ist Bodstedt jedoch wohl das älteste Dorf.

Hier in Bodstedt steht auf einem alten slawischen Siedlungshügel die Pfarrkirche, schmucklos und schlicht von außen. Der einst vorhandene Turm wurde schon vor mehreren hundert Jahren zerstört. Im Inneren befindet sich ein aus Granit gehauener mächtiger Taufstein, den Fachleute als slawische Arbeit und dessen Alter mit etwa 800 Jahren angeben.

Die Kirche selbst wird 1388 erstmals urkundlich erwähnt und war bis ins 16. Jahrhundert hinein Filial von Barth. Erst nach der Reformation wurde Bodstedt eigenständige Pfarrstelle, was wohl besonders dem energischen Wolgaster Generalsuperintendenten Jakob Runge zu danken ist. Runge prägte wesentlich das Bild der Reformation in Vorpommern.

Historisch bedeutend wurde das kleine Dorf am Südrand der Darß-Zingster Boddenkette, als nach einem Seerettungswunder der damalige Kirchenpatron Hermann von Vietzen auf Divitz (südlich von Barth) um 1460 eine kleine Kapelle an der Nordwand der Kirche errichten ließ, die Bodstedt zu einem der bedeutendsten Wallfahrtsorte im Herzogtum Pommern-Wolgast werden ließ. Nach Einführung der Reformation (1533 in Barth durch Johannes Block) verlor sie an Bedeutung. Heute arbeitet die Kirchengemeinde an ihrer Instandsetzung und nutzt den kleinen Raum für Andachten.

Nach den alten Kirchenbüchern, die 1633 beginnen, bestand die Bevölkerung Bodstedts früher hauptsächlich aus Fischern und Büdnern. Große Reichtümer waren hier wohl nicht zu holen, die leichten Böden sind für eine intensive landwirtschaftliche Nutzung nicht geeignet. Später kamen dann Seefahrer (man denke an das Buch „Vom Fischland in die Welt“), Schiffszimmerleute und andere Gewerbe hinzu. Dennoch blieb der Wohlstand nur bescheiden. Erst Ende der fünfziger Jahre dieses Jahrhunderts, als der Urlauberboom einsetzte, blühte das Dorf sehr schnell auf.

Manch ein Urlauber, der in Zingst oder Prerow keinen Urlaubsplatz mehr erhielt, war froh, in Bodstedt noch eine Unterkunft zu finden.

So profitierte auch Bodstedt von der abgeschlossenen DDR-Gesellschaft, die den Bürgern nur wenige Reisemöglichkeiten ließ.

Ist die Zahl der Urlauber nun auch drastisch zurückgegangen, so kommen doch noch tausende von Ferienkindern. Viele Einheimische fanden in den Ferienlagern verschiedener Betriebe eine Beschäftigung. Was aus diesen Ferienlagern wird, ist noch ungewiß.

Ob Bodstedt weiterhin für Touristen attraktiv sein wird, hängt wohl im wesentlichen von zwei entscheidenden Faktoren ab: Zum einen vom weiteren Ausbau der Infrastruktur, zum anderen von der Erhaltung der besonders reizvollen Landschaft. Das qualitative Angebot der Übernachtungen sowie das äußere Erscheinungsbild des Dorfes muß jedenfalls verbessert werden. Auch ansprechende kulturelle Veranstaltungen müßten geboten werden. Bisher bietet nur die Kirchengemeinde regelmäßig jede Woche eine Abendmusik an.

Landschaftsmäßig ist Bodstedt in das Projekt „Nationalpark Küstenlandschaft“ einbezogen, das die ganze Boddenkette umfaßt. Hier wird auch an einer Verbesserung der Wasserqualität gearbeitet, läßt doch dessen schlechter Zustand die Urlauber schnell den Strand zwischen Zingst und Prerow aufsuchen. Ursachen für den schlechten Zustand des Bodens sind neben der intensiv betriebenen Landwirtschaft viele Hauswasserklärgruben, die das Wasser mit Phosphaten und Nitraten anreichern.

Ein großes Erlebnis für Einheimische und Fremde ist jedes Jahr die große Zeesenbootregatta, die traditionell Anfang September stattfindet. Diese einst für die Schleppnetzscherei gebauten Segler dienen heute fast ausschließlich als Sportboote. Dem Zuschauer bietet sich ein prächtiges Bild, wenn die Boote mit ihrem im Original braunen Segeln majestätisch aus dem Hafen gleiten und an Fahrt gewinnen. Ihren Ursprung hat

diese Regatta in den Wettfahrten der Fischer, die am Ende der Fangsaison der Heimat zustrebten. Anfang der sechziger Jahre vom begeisterten Segler Ekkehard Rammin wieder ins Leben gerufen, fand diese Regatta der Oldtimer am 1.9.1990 bereits zum 26. Mal statt.

Erst 1990 wurde durch die einheimische Bürgerinitiative „Bodstedter Bodden“ die Tradition der Kinderfeste neu begründet. Die Bürgerinitiative entstand nach der politischen Wende und stellt auch drei Mitglieder in der Fuhlendorfer Gemeindevertretung. Neben der Durchsetzung eines vorwiegend an Umweltfragen orientierten Programms wollen die Mitglieder besonders für die Kinder etwas tun. Das diesjährige Kinderfest war ein erster gelungener Versuch.

Ist Bodstedt ein Dorf im Aufbruch? Die Antwort wird sich — mit ja oder nein — wohl erst in ein paar Jahren einstellen.

Text und Fotos: Martin Afheldt



Ein schöner Anblick.



Kinderfest mit Aalgreifen.



Blick in die ehemalige Wallfahrtskapelle.



Der Taufstein in der Kirche.



Vermischtes

Der kleine Vampir



„Aber jetzt muß ich fliegen“, hörte Anton Annas Stimme.

„Schon?“ Erschrocken drehte Anton sich herum.

„Ja! Dann bis Sonntag!“ Sie lächelte noch einmal und breitete die Arme unter dem Umhang aus.

„Warte!“ sagte Anton hastig. „Das mit dem Heimkehr-Fest bei euch in der Gruft... Ich-ich würde lieber doch nicht kommen.“

Anna ließ die Arme sinken.

„Du würdest lieber doch nicht kommen?“ wiederholte sie. Einen Moment lang war sie sprachlos. Aber dann stieg ihr die Zornesröte ins Gesicht, und sie rief: „Du machst es dir ganz schön einfach! Ich rede wie ein Buch, um meine Eltern und meine Großeltern und meine Tante herumzukriegen, damit sie uns erlauben, daß wir Vampirerker diesmal das Heimkehr-Fest alleine, ohne Erwachsene, feiern dürfen. Und das alles nur deinetwegen, weil du gesagt hast, du möchtest mit meinen Verwandten feiern! Und dann — als ich es geschafft habe, sie zu überreden — sagst du, du würdest lieber doch nicht kommen!“

Erbot ballte sie ihre Hände zu Fäusten.

„Ich...“, Anton fühlte sich sehr unwohl in seiner Haut.

„Ich würde ja gern kommen“, sagte er zögernd.

„Aber?“ rief Anna.

„Es ist wegen Lumpi“, bekannte Anton.

„Wegen Lumpi?“

Anton nickte. „Im Jammertal... da hat Lumpi verlangt, daß ich ihm zeige wie man kegelt. Und beim Kegeln hat er sich einen von seinen Fingernägeln abgebrochen — und das kurz vor der Nagelkur.“ Bei der Erinnerung an Lumpis entsetzten Aufschrei bekam Anton jetzt noch weiche Knie!

„Ja, und dann hat er gebrüllt, das würde ich ihm büßen. Er wußte zwar noch nicht, wie, aber er würde sich etwas einfallen lassen; etwas, das ich mein ganzes Leben nicht vergessen würde!“

„Nicht gerade nett von Lumpi, dir damit Angst einzujagen“, sagte Anna teilnahmsvoll. Ihr Zorn auf Anton schien — zum Glück! — veriraucht zu sein.

„Aber keine Sorge“, fuhr sie fort. „Ich werde mir Lumpi vorknöpfen.“

„Glaubst du, das nützt was?“

„Bestimmt! Lumpi wird schnell wütend, aber er beruhigt sich auch genauso schnell wieder. Seine Wu-

tausbrüche und seine Drohungen mußst du nicht so ernst nehmen.“

Nicht so ernst nehmen? dachte Anton zweifelnd.

„Wie willst du ihn dir denn... vorknöpfen?“ fragte er.

„Na, mit ihm reden!“ antwortete Anna. „Wenn man den richtigen Moment bei ihm erwischt, kann er richtig lieb und umgänglich sein.“

*Liebe Kinder,
jede Woche lest ihr neue
Abenteuer des kleinen
Vampirs. Malt zu den
Abenteuern Eure
Phantasiebilder. Die
schönsten werden wir dann
veröffentlichen.
Sendet Eure Bilder
bitte an den
„Mecklenburger Aufbruch“
Puschkinstraße 19
2750 Schwerin*

„Tatsächlich?“ sagte Anton, nicht sehr überzeugt.

„Ja. Also, bis Sonntag, Anton!“ meinte Anna und machte Anstalten, abzufliegen.

„Warte, ich muß dich noch etwas fragen“, sagte Anton hastig. Ihm war nämlich eingefallen, daß er Anna unbedingt noch fragen wollte, ob sie etwas über den geheimnisvollen Vampir wußte.

„Fragen? Was denn?“ sagte Anna, und unruhig blickte sie zum Fenster.

Anton räusperte sich. „Herr Schwartenfeger, der Psychologe, zu dem meine Eltern gehen“, begann er.

„Und ich manchmal auch“, ergänzte er, der Wahrheit zuliebe. „Dieser Schwartenfeger behauptet, er hätte einen... Vampir als Patienten!“

„Wie — behauptet?“ fragte Anna ungeduldig. „Ist es nun ein Vampir oder nicht?“

„Wenn ich das wüßte...“ antwortete Anton. „Aber ich habe ihn ja bisher noch nicht gesehen! Jedenfalls soll er kein Spiegelbild haben.“

Als er das sagte, spürte er ein leichtes Schuldgefühl, daß er Anna gegenüber, die sich so große Mühe gab, kein richtiger Vampir zu werden, die Sache mit dem fehlenden Spiegelbild erwähnte.

© C. Bertelsmann Verlag, Gütersloh. Angela Sommer-Bodenburg: „Anton und der kleine Vampir“ (Band 1: „Der geheimnisvolle Patient“)

MA beißt an

Gasthaus „Zur Linde“ Rathebur an der F 109, zwischen Anklam und Pasewalk

Wanderer, kommst du nach Rathebur, dann kehre in die Linde ein, wenn es sich denn nicht umgeben läßt.

Direkt an der Kreuzung, Richtung Friedland gelegen ist das Gasthaus zu finden, fröhlich winken Zigarettenreklamen herein. An der Tür thront der Wirt. Aus für uns nicht ersichtlichen Gründen werden wir darauf hingewiesen, daß man es hier mit einem Selbstbedienungsetablisement

zu tun habe. Erstaunlicherweise schlägt sich das nur in der Tatsache nieder, daß man sofort, vor Erhalt der Speisen zahlen muß. Wir zahlen also ein Stück Kuchen und den Kaffee.

Nun verwandelt sich der Wirt in den Kellner, der in der Küche verschwindet, um den Kaffee samt Kuchen zu holen. Um uns die Zeit zu verkürzen ruft er uns in Abständen zu: „Momentchen noch!“

In der Zwischenzeit sehen wir bei der Buchführung zu, bestaunen unsere schmutzige Tischdecke... „Momentchen!“

Dann kommt der Kaffee und ein ganz anderer Kuchen, als wir ihn ausgesucht hatten. Wir tragen es mit Fassung und schlucken tapfer runter. Der Kuchen schmeckt wie er aussieht, von gestern. Der Kaffee — oh Wunder!!! — ist realtiv wohlschmeckend. Aber nichts lädt zum Verweilen, wir gehen.

Vorher ein Gang in die hinteren Abteilungen, wo bekanntlich der Kaiser zu Fuß hingeh, der läßt uns erschauern.

Bewertung:
Bedienung:



Ambiente:



Kaffee:



Ein Tagesausflug nach Hamburg versprach der Veranstalter. Doch das „Anti-Rheuma-Bett“ verkürzte den Aufenthalt auf weniger als zwei lächerliche Stunden für die Millionenstadt.

Geschäft ist Geschäft

Statt Hamburg gab's Anti-Rheuma-Decken

Ein gewöhnlicher Wochentag. Fünf Uhr früh. Busbahnhof Stralsund. Ein Menschenauflauf wie bei Wochenmärkten. Wir haben per Postwurfsendung einen Tagesausflug nach Hamburg gebucht. Wir fragen uns durch. Es gelingt uns, einen Platz in einem Mercedes-Bus zu finden. Mit vier Bussen beginnt die Fahrt. 50 km vor Hamburg verlassen wir die Autobahn und fahren auf Nebenstraßen weiter. Wir werden mißtrauisch. Als wir entgegengesetzt der Ausschilderung nach Hamburg abbiegen, lesen wir erneut in der Reiseankündigung nach. Deutlich abgehoben steht ganz unten:

„Mercator-Verkaufsreisen — für wenig Geld viel erleben.“

Versprochen wird ein „unvergesslicher Tag“.

Es geht weiter über die Dörfer bis zu einem kleinen Ort, etwa 70 km

von Hamburg entfernt, kurz vor Lüneburg gelegen. Über 170 hamburg-hungrige und kauflustige Reisegäste werden in den Tanzsaal eines Gasthauses geleitet. Dort serviert man uns zunächst Kaffee auf eigene Rechnung. Dann warten wir auf den Chef. Als dieser endlich kommt, beginnt die Show. Er sagt uns, daß er Bernd heißt und uns unverbindlich „Anti-Rheuma-Betten“ seiner Firma empfehlen wird, die gerade ihr zehnjähriges Jubiläum feiert. Seine Empfehlung dauert fast zwei Stunden.

Herr Bernd hat Probleme mit der Grammatik der deutschen Sprache. Aber sein Eins-A-Outfit läßt uns das schnell vergessen. Er sei verheiratet, sagt er, und Vater von drei Kindern. Das macht ihn uns sympathisch. Er wettet gegen Bettfedern und zeigt uns eine selbstgemalte, eklige Milbe im

Großformat. Er demonstriert uns, wie man in Bettfedern schläft und wie in seinem „Anti-Rheuma-Bett“. Und der Clou: Er verkauft uns seine Betten nicht nur für den Werkpreis, der ohnehin schon unter dem Ladenpreis liegt, nein, er geht noch einmal um vierhundert D-Mark im Preis herunter.

Eine gehbehinderte, schwerhörige alte Dame neben uns, kauft ein Bett. Vielleicht hat sie dann weniger Schmerzen. Sie kauft auch noch das Sonderangebot, ein Kuschkissen.

Die geplante Abfahrtszeit für den Ausflug nach Hamburg ist längst überschritten. Dank beherzter und mutiger Normalschlafgering es Bernd nicht, die Verkaufsshow mit Magnetarmreifen und Einreibemitteln, die man auch einnehmen kann, noch länger auszu dehnen. Wir erhalten das im Reise-

preis unbegriffene Geschenk und weiter geht es endlich nach Hamburg. Überhaupt war Herr Bernd mit Geschenken nicht geizig. Wer kaufte, bekam „aus eigenen Kosten“ noch eins drauf. Und gekauft wurde. Wer hat nicht Angst vor Rheuma. Oder wem ist für die eigene Gesundheit nichts zu teuer?

„Hamburg — das Tor zur Welt“ so hieß das Versprechen. Hamburg — der Lockvogel für „Anti-Rheuma-Betten“! Das war der Hintergrund. Für Hamburg blieb nicht einmal zwei Stunden. Zuviel, um gemütlich Kaffee zu trinken. Zuwenig, um auch nur einen Eindruck von der Stadt zu bekommen. Mißbraucht, aber erheitert blättern wir zu Hause in einem Versandhauskatalog. „Anti-Rheuma-Betten“ für die Hälfte des Superpreises von Herrn Bernd. Geschäft ist halt Geschäft. Joachim Gleich



Wir suchen

eine(n) Redakteur(in)

für den Mecklenburger Aufbruch

Wir können zwar nicht die Absicherung eines Großverlages bieten — aber wer Lust hat, mit viel Engagement und Kreativität an der Wochenzeitung für Mecklenburg/Vorpommern mitzuarbeiten, ist richtig bei uns. Vorausgesetzt, er/sie kann gut recherchieren und schreiben und traut sich auch zu, in einem Kommentar klar Stellung zu beziehen.

**Angebote an die Chefredaktion,
Mecklenburger Aufbruch, Puschkinstraße 19,
Schwerin 2750**

GOSSLER GEBR. zum Thema Versicherungen

VERTRAUEN IST UNSERE BASIS

Mit unserem Wissen und unserer Erfahrung entwickeln wir für Ihren Betrieb ein maßgeschneidertes Bedarfskonzept. Hierzu gehört natürlich auch, beim richtigen Versicherer die richtige Leistung zum richtigen Preis einzukaufen. Als unabhängiger Makler beraten wir — und das seit mehr als 100 Jahren — insbesondere mittelständische Unternehmen. Mit der gesamten Kraft

aller unserer Kunden sind wir für jeden Versicherungskonzern ein starker Partner. Und genau mit dieser Stärke können wir auch für Ihr Unternehmen optimale Konditionen erreichen. Sprechen Sie doch mal mit uns. Wir besuchen Sie gern und das ganz unverbindlich. GOSSLER GEBR. Seit 1890. Mittler von Versicherungen. Ihr Vertrauen ist unsere Basis.

Hermannstraße 15
2000 Hamburg 1
Telefon: 040/32 81 01-0
Telefax: 040/32 81 0166
Teletex 40 37 36 goge-d



GOSSLER GEBR.
VERSICHERUNGEN

Repräsentanz Rostock

Hermann-Maiern-Straße 14
2520 Rostock 25
Telefon: 0081/71 54 85